

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2018



Bald 11-Millionen-Schweiz? 3

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern.



Rolle der Gewerkschaften? 5

Die Personenfreizügigkeit hat eine höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.



EU-Diktat? 7

Wenn es so weitergeht, können wir unser Stimmrecht schon bald nach Brüssel abgeben.



Zuwanderung begrenzen

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft und unser Land. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, welcher über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung in unser Land gibt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen dies jetzt korrigieren, bevor es zu spät ist und unser Wohlstand leidet.

Mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Einwanderung in die Schweiz komplett aus dem Ruder gelaufen. Sie entwickelt sich schon lange nicht mehr im Interesse der bereits hier lebenden Schweizer und Ausländer.

Kein Rechtsanspruch auf Einwanderung

Mit der Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung will die SVP die Zuwanderung deshalb wieder auf ein vernünftiges Mass begrenzen. Zudem

soll es in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, anderen Ländern eine Personenfreizügigkeit und damit deren Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz zu gewähren. Dafür muss der entsprechende Vertrag mit der EU neu verhandelt und im Notfall gekündigt werden.

Wohlstandsverlust droht

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen und unseren über Generationen erarbeiteten Wohl-

stand verlieren. Selbstverständlich sollen unsere Unternehmen aber auch in Zukunft die notwendigen Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können, wenn sie diese denn wirklich brauchen und sich niemand im Inland finden lässt. Doch muss es wieder ein souveräner Entscheid der Schweiz sein, wie viel und welche Einwanderung sie zulässt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für eine unabhängige Nation und auch der Grund, weshalb die Briten entschieden haben, die EU zu verlassen.

Unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg

Nur so können wir in Zukunft sicherstellen, dass unsere Bevölkerung sowie jeder einzelne Bürger von einer massvollen Einwanderung auch effektiv wirtschaftlich profitieren und nicht derselbe Kuchen einfach unter immer mehr Personen aufgeteilt wird. Mit der Begrenzungsinitiative gibt es einen klaren Auftrag an den Bundesrat und eine deutliche Botschaft an die EU: Die schädliche und unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg.

Kommentar



Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Es ist Zeit, die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selber zu steuern und auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit gewährt weit über 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Niederlassung.

Es gibt ausser der Schweiz kein unabhängiges Land auf der Welt, welches ein solches Abkommen mit fast einem ganzen Kontinent unterschrieben hat. Nach über zehn Jahren Massenzuwanderung ohne Wohlstandsgewinn für den Einzelnen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem das Volk abschliessend entscheiden muss: Können wir diese enorme Einwanderung auch in Zukunft verkraften und bezahlen, oder müssen wir nicht vielmehr eine moderne, unseren Bedürfnissen angepasste Zuwanderungspolitik einführen?



Mit Spezialausgabe
Kanton Zug

Seite 9 - 16

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

Erfolgreiche Nationen wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA oder seit dem Austritt aus der EU nun auch Grossbritannien kontrollieren und begrenzen ihre Zuwanderung eigenständig, und es käme ihnen nie in den Sinn, diese Kompetenz abzugeben.

Mit unserer Begrenzungs-Initiative wollen wir dem Bundesrat deshalb den Auftrag erteilen, die Personenfreizügigkeit mit der EU neu zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese nie mehr vertraglich eingeführt werden kann. Damit der Bundesrat in seinen Verhandlungen der EU gegenüber genug Gewicht hat, braucht er den Beschluss des Souveräns im Rücken, diesen einzelnen Vertrag ansonsten kündigen zu müssen.

Mit Ihrer Unterschrift, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geben Sie dem Schweizer Volk die Möglichkeit, mit einer kontrollierten und massvollen Zuwanderung wieder zu den modernen und unabhängigen Nationen dieser Welt aufzuschliessen. Dies ist die letzte und einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bevölkerung unseres Landes bald die 10-Millionen-Grenze überschreitet und wir etwa in enorme finanzielle Probleme zur Finanzierung der Infrastruktur geraten oder das Bildungsniveau an unseren Schulen aufgrund des Ausländeranteils definitiv nicht mehr halten können.

Mit diesem Extrablatt will die SVP die Bevölkerung unseres Landes direkt, offen und ehrlich informieren. Wir bitten Sie, Verantwortung zu übernehmen, diese Initiative zu unterschreiben und damit unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Fakt ist:

Die Schweiz hat mit 451.10 Franken pro Haushalt die höchsten Radio- und TV-Gebühren in ganz Europa. Die SRG erhält 90,6% des gesamten Gebührentopfs. Dis entspricht 1,24 Milliarden Franken.



Nationalrätin Céline Amaudruz,
Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

Impressum

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 63'735 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, 123rf.com, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Lupo | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!

Direkte Demokratie ist eine Errungenschaft, welche wir alle gemeinsam immer und immer wieder verteidigen müssen. In einer Zeit, wo stündlich, gar im Minutentakt, Meldungen aus aller Welt auf uns einwirken, ist es wichtig, dass wir unsere Werte und das, was die Schweiz stark gemacht hat, nicht aus den Augen verlieren. Dass Bürgerinnen und Bürger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abstimmen und zusätzlich die Parlamente und Regierungen wählen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sicher aber ist, dass genau dieses System der direkten Demokratie der Schlüsselfaktor der Erfolgsgeschichte Schweiz darstellt.

Sicherheit und Verlässlichkeit

Für ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz ist die Sicherheit der Menschen von zentraler Bedeutung. Letztes Jahr durfte ich als Nationalratspräsident – neben meiner Hauptaufgabe der Ratsleitung – an unzähligen Veranstaltungen, Begegnungen und verschiedensten Orten mit dabei sein. Die Vielseitigkeit der Menschen und der Regionen in der Schweiz hat mir eines sehr eindrücklich bestätigt: In der Schweiz funktioniert vieles gut. Generationen vor meiner eigenen haben vieles richtig gemacht und uns eine gute Ausgangslage geschaffen, um dieses Land in seiner Einzigartigkeit weiter voranzubringen. Ohne dass ich die Augen verschliesse vor dem, was nicht funktioniert, möchte ich Sie alle motivieren, sich auch Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, warum die Schweiz funktioniert. Sicherheit, Verlässlichkeit, Dankbarkeit und Bescheidenheit sind ebenso wichtig wie der Erhalt und die Verteidigung der direkten Demokratie.

Direkte Demokratie gefährdet

Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab. Nicht zuletzt dank ihr haben wir wenige Arbeitslose, Wohlstand, tiefe Steuern, exzellente Ausbildungsstätten und inno-



Ein EU-Rahmenvertrag zerstört unsere direkte Demokratie und walzt den Willen der Bevölkerung zu Boden.

vative Unternehmen. Weil wir der EU diesen Erfolg der direkten Demokratie vor Augen führen, sind wir ihr ein Stachel im Fleisch. Kaum hat die Schweiz

«Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab.»

ein Zugeständnis an die EU gemacht, folgen weitere Forderungen aus Brüssel. Dort will man eine Schweiz, die der EU beiträgt oder mindestens EU-Recht auto-

matisch übernimmt. Teile unserer Regierung und unseres Parlaments unterstützen diese Bestrebungen tatkräftig. Dass damit die direkte Demokratie ausgehebelt wird, nehmen sie in Kauf.

Eigenverantwortung als Fundament

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Rampenlicht; sie alle machen aber im Kollektiv unsere Schweiz aus! In dem sie tagtäglich eine gute Arbeit machen – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern vor- und nachher in der Familie, im Quartier, in Vereinen

oder Verbänden, im Freundeskreis oder in der Gemeinde. Sehr oft werden diese Arbeit und dieser Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft ehrenamtlich geleistet. Und ebenso oft trifft man auf dieselben Menschen in verschiedenen Funktionen. Das ist gut so, denn diese Menschen haben verstanden, dass unsere Gesellschaft nicht von einzelnen Personen abhängig ist, sondern vom

«Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen ...»

Gemeinschaftsinn geprägt wird. Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen, die sich uneigennützig und auch unaufgeregt in den Dienst der Gesellschaft und der Sache stellen – in Parteien, in Gemeinderäten, in Sport- und Musikvereinen, in den Kirchen, in verschiedensten Gruppen und Organisationen. Sie alle sind der Motor und Motivator der Gesellschaft. Voraussetzung auch dafür ist und bleibt die direkte Demokratie, eine funktionierende Wirtschaft und die Sicherheit.

Nationalrat Jürg Stahl,
Nationalratspräsident
2017, Brütten (ZH)



Medienvielfalt stärken – Demokratie beleben

Vor 35 Jahren starteten die ersten Lokalradios, seit bald 30 Jahren ist das Internet populär. Vor 14 Jahren wurde Facebook gegründet. Trotz dieses technologischen Wandels läuft unsere Medienpolitik in die Gegenrichtung: Statt mehr Wettbewerb zu ermöglichen, wird die SRG immer grösser. Dies ist fatal für die Medienvielfalt.

Die SRG ist im Bundeshaus zur «heiligen Kuh» geworden. Dass die 7 Fernseh- und 17 Radio-Sender, welche öffentlich finanziert sind, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen provozieren, wird geflissentlich ausgeblendet. Dass die Marktdominanz der SRG etliche private Unternehmen behindert und so Arbeitsplätze verloren gehen, wird ebenso verschwiegen. Diese unehrliche Politik hat die SVP immer kritisiert, und sie hat sich für Medienvielfalt und Fairness eingesetzt.

Diskussionen werden abgeblockt

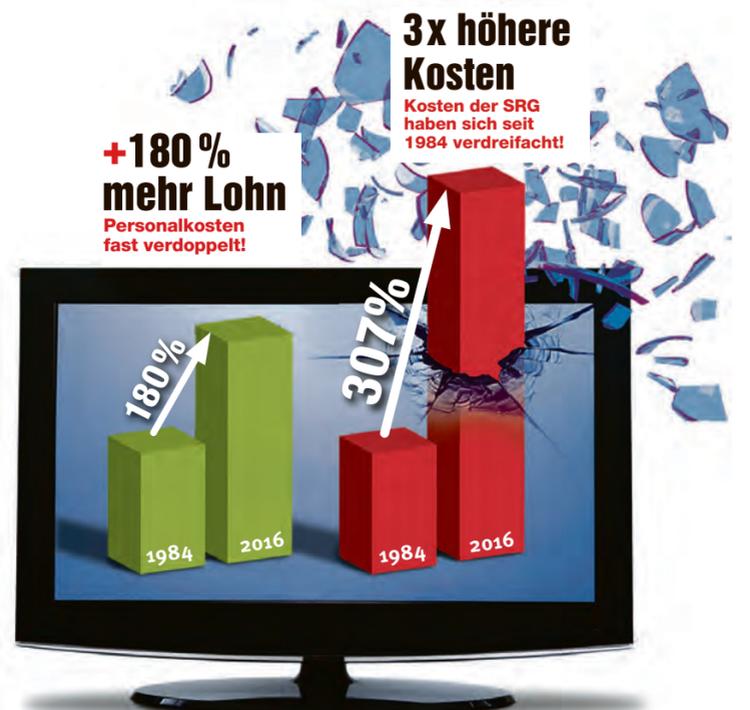
Seit Jahren verweigern Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Diskussion über den «Service public». In seinem «Service public»-Bericht forderte der Bundesrat eine noch bessere Unterscheidbarkeit zwischen SRG und privaten Sendern: Die SRG solle sich mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der Entwurf für eine neue SRG-Konzession tönt ganz anders: Die SRG soll sich neu auch offiziell um den Online-Bereich und die Unterhaltung kümmern. Werbemöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Unterschiede zu privaten Sendern gibt es kaum mehr. Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.

Für einen zielgerichteten «Service public»

Die SVP unterstützt eine landesweite Grundversorgung im Medienbereich. Diese muss sich aber nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Das heisst: Programmangebote, welche Private bereitstellen, muss die SRG nicht noch einmal erfinden. Der «Service public» der SRG soll sich auf jene Bereiche konzentrieren, welche private Unternehmen nicht anbieten können oder anbieten wollen. Informationsangebote, schweizerische Kultur sowie Grossanlässe, die private Sender nicht stemmen können, soll die SRG realisieren – nicht aber Formate, welche die Privaten gerne übernehmen würden.

«Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.»

Die No-Billag-Initiative will diese Diskussion klären, indem sie auch die SRG privatisieren will. Ein Schritt der weit geht – aber vielleicht heilsam ist. Nachdem der Bundesrat stur am Status quo festhalten will, stimme ich am 4. März Ja. Lieber die totale Privatisierung als Staatsmedien ohne Ende – für die Demokratie wäre dies fatal.



Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Ab 2019 werden auch alle Gewerbebetriebe happige Beiträge für den SRG-Staatssender bezahlen.

Nationalrat Gregor Rutz,
Unternehmer, Zürich



Bald 11-Millionen-Schweiz?

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern. Die vorausgesagten 10 oder 11 Millionen Einwohner wären für unser Land unerträglich.



Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz hat heute 8,5 Millionen Einwohner. Vor zweihundert Jahren waren es noch 1,7 Millionen, im Jahr 1900 3,2 Millionen und ums Jahr 2000 7,2 Millionen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen. Der Ausländeranteil beträgt mittlerweile über 25 Prozent. Dies trotz Einbürgerungen von jährlich durchschnittlich 40 000 Personen. Das Bundesamt für Statistik berechnet für das Jahr 2035 die runde Zahl von 10 Millionen Einwohnern. Die Denkfabrik Avenir Suisse findet es «ratsam, sich mit der Zukunft einer 10- oder gar 11-Millionen-Schweiz zu beschäftigen». Dazu habe ich – offen gestanden – überhaupt keine Lust. Ich werde im Gegenteil dafür kämpfen, dass wir nicht total überrannt werden. Damit wir nicht eines Tages als Fremde im eigenen Land erwachen.

«Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen.»

Es wird eng in der Schweiz

Zum Vergleich: Heute hat die Schweiz annähernd gleich viele Einwohner wie unser östliches Nachbarland, die Republik Österreich. Nur verfügt Österreich über mehr als die doppelte Fläche unseres Landes, und obwohl es auch dort Alpen gibt, ist ein beträchtlich grösserer Teil seiner Fläche bewohnbar. In der Schweiz leben wir schon heute eng aufeinander. Die Natur wird weniger, in der wir uns in der Freizeit erholen können. Zu viele Einwohner bedeuten weniger Lebensqualität. Die anhaltende Massenzuwanderung überfordert uns.

Abwanderung wäre sinnvoll

Sinnvoll und vernünftig wäre keine jährliche Zunahme der Einwanderung, sondern auch einmal eine grössere Abwanderung. Dann hätten wir alle wieder mehr Platz. Wenn wir weniger würden, gäbe es weniger Stau auf den Strassen und weniger überfüllte Züge. Wir fänden sogar in den Städten wieder Parkplätze und müssten weniger lang Schlange stehen, sei

11 Mio.
2040?



es vor dem Kino, im Swisscom-Shop oder im Einkaufscenter. Schweizerinnen und Schweizer über 50 und Berufseinsteiger müssten nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen. Plötzlich hätten wir weniger, dafür besser geförderte Kinder pro Schulkasse.

Jetzt handeln

Wenn wir unser Land mit 10 oder 11 Millionen Einwohnern zubetonieren, zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Denn die Schweiz zeichnet sich aus durch eine einmalige Landschaft. Sie wird zu Recht weltweit bewundert und bereist von Touristen, die zu uns kommen – aber auch wieder gehen. Entscheidend für den Wohlstand sind die Produktivität und das Wirtschaftswachstum pro Kopf. Und gerade hier hapert es gewaltig, seit wir mit der Europäischen Union das Abkommen zur Personenfreizügigkeit abgeschlossen haben. Und seit jährlich Zehntausende von Scheinflüchtlern aus Afrika und dem Osten unser Asylwesen der Lächerlichkeit preisgeben. Es ist höchste Zeit. Nehmen wir unser Land wieder in Besitz!



Nationalrat Thomas de Courten, Unternehmer, Rütenberg (BL)

Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz so hoch wie heute. Mit 25 Prozent hat die Schweiz einen doppelt so hohen Ausländeranteil wie die übrigen Staaten Europas – mit Ausnahme des Mikrostaats Luxemburg. Obwohl die ungebremste Zuwanderung stark negative Folgen hat, wird die Personenfreizügigkeit von der wirtschaftlichen und politischen Elite weiterhin als heilige Kuh betrachtet!

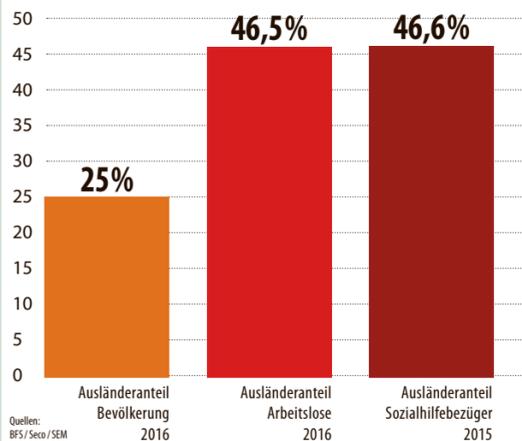
Ein Blick in die Statistiken offenbart die Probleme, die uns die Zuwanderung beschert. Der Zustrom stellt vor allem unser Sozialsystem vor immense Belastungsproben.

Der Anteil der Ausländer in unseren Sozialwerken liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – obwohl doch gemäss den Verfechtern der Personenfreizügigkeit angeblich nur hochqualifizierte Personen mit einer Arbeitsstelle in unser Land kommen.

In Wirklichkeit wird die Personenfreizügigkeit seit ihrer Einführung von vielen unqualifizierten EU-Bürgern ausgenutzt, um sich im Hochlohnland Schweiz einen Job zu suchen. Hinzu kommen aussereuropäische Arbeitsmigranten. Die Sozialsysteme werden vor allem deshalb strapaziert, weil sich die Zugewanderten nicht – wie vor allem die Linke immer träumt – einfach integrieren lassen. Auch die Unsummen von Steuergeldern, die unter dem Titel «Integrationsmassnahmen» investiert werden, ändern daran wenig. In der Regel stehen der Integration nicht vorhandene Sprachkenntnisse, fehlende Qualifikationen oder einfach nur mangelnder Integrationswille entgegen. Das Gros der zugewander-

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken

(Angaben in Prozent)



ten Ausländer mehr folglich das Heer der Sozialsystemabhängigen. Fast die Hälfte der Bezüger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeldern sind Ausländer. 8,8% der Ausländer sind erwerbslos, dagegen nur 3,5% der Schweizer. Über 25% der ausländischen AHV-Bezüger beziehen Ergänzungsleistungen. Bei den Schweizer Rentnern sind es gerade einmal 11%.

Die SVP ist die einzige politische Kraft, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirkt, um Wohlstand und Sozialsysteme in der Schweiz auch für künftige Generationen zu sichern.

Personenfreizügigkeit verbieten

Bis vor kurzem waren sich in der Schweizer Demokratie noch alle einig: Der Wille der Mehrheit gilt. Dies änderte sich der Verfassungsbruch von 2016 abrupt. Damals weigerte sich das Parlament, das demokratisch gefällte Ja zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative soll deshalb nun das schädliche Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beendet werden.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 erleben wir Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung aus der EU von durchschnittlich 55 000 Personen. Das heisst bildlich, dass jährlich eine Stadt in der Grösse von Biel alleine aus EU-Zuwanderern in unserem Land entsteht. Das kann die Schweiz auf Dauer nicht verkraften. Denn die Folgen der Zuwanderung sind eine Abnahme an Lebensqualität, Dichtestress, Überlastung der Infrastrukturen, Zubetonierung unserer schönen Landschaft, Strapazierung der Sozialwerke und Verdrängung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Arbeitslosigkeit.

Eigenständige Steuerung notwendig

Die Begrenzungsinitiative verlangt erstens eine Verfassungsgrundlage, damit die Schweiz die Zuwanderung selber regeln kann, und zweitens will sie das verfehlte Prinzip der Personenfreizügigkeit in der Bundesverfassung verbieten. Internationale Verträge dürfen diesem Grundsatz nicht widersprechen.

Moderne Zuwanderungspolitik

Zusätzlich verlangt unsere Initiative, dass das Abkommen über die Perso-

Massive Zuwanderung stoppen!



Jetzt Begrenzungs-Initiative unterschreiben.

nenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg ein Jahr nach der Annahme durch Volk und Stände ausser Kraft tritt. Wenn dies nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen innert einem weiteren Monat kündigen. Nur mit der Begrenzungsinitiative kann es gelingen, wieder eine moderne Zuwanderungspolitik zu betreiben, die nicht nur im Interesse der EU, sondern auch in unserem Interesse liegt. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Porträt Schuhhändler David Zuberbühler

David Zuberbühler ist ein Ur-Herisauer. Schon früh engagierte er sich politisch, und bereits im Alter von 20 Jahren wurde er in den Einwohnerrat von Herisau gewählt. Seit 2015 sitzt der Ausserrhodener im Nationalrat. Dort setzt er sich ein für tiefere Steuern, eine restriktive Migrationspolitik und gegen den unkontrollierten Ausbau des Sozialstaats. Sozial sein bedeutet für ihn nämlich nicht, möglichst viel Steuergelder auszugeben, sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ideal setzt er auch beruflich in

die Praxis um. Der 38-Jährige ist Teilhaber eines grossen Schuhgeschäfts mit mehr als vierzig Mitarbeitern. Seine Freizeit verbringt er zweifache Vater am liebsten mit seiner Familie oder auf dem Motorrad.



Für Nationalrat David Zuberbühler gilt: Qualität und Einsatz für den Standort Schweiz im Geschäft und in der Politik.



Nationalrätin Natalie Rickli, Kommunikationsberaterin, Winterthur (ZH)

Freiheit als Staatszweck

Die Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass das höchste Gut unseres Landes die Freiheit ist. Deshalb wehren sie sich entschieden gegen jegliche Aufweichung der einzigartigen direktdemokratischen Volksrechte. Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wird vehement abgelehnt. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Laut Statistik wird in der Schweiz eine jährliche Wirtschaftsspitzenleistung von fast 80'000 Franken pro Kopf erwirtschaftet. Diese wird auf nur 7,5 Prozent Siedlungsfläche und auf 36 Prozent unseres Landwirtschaftsraums erwirtschaftet. Dies ergibt im Jahr 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von 660 Milliarden Franken. Wie ist das möglich? Gemäss dem „Nation Brands Index 2017“ steht die Schweiz beim Image-Vergleich mit fünfzig anderen Ländern auf Rang acht. Getragen wird dieser respektable Ausweis unter anderem auch durch die starke Wirtschafts- und Exportleistung mit ihrer hohen Innovationskraft, von einem unternehmerfreundlichen Wirtschaftsumfeld und einem leistungsorientierten Bildungssystem. Nicht zuletzt wird unser Land auch wegen der wunderbaren Landschaft, seiner einzigartigen Bergwelt, der hervorragenden Persönlichkeiten im öffentlichen und privaten Raum und seinen Bürgern sehr geschätzt.

Zwischen Bewunderung und Neid

Wird dieser Erfolg auch wahrgenommen? Der frühere Schweizer UNO-Botschafter (2010-15) in New York, Paul Seger, stellt folgendes fest: «Wenn ich die Schweizer Medien lese, habe ich den Eindruck, dass wir mit uns selbst viel kritischer umgehen als das Ausland. Ich finde, die Schweiz hat einfach ein extrem ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. (...) Ich habe das Glück, ein Land repräsentieren zu

dürfen, hinter dem ich voll und ganz stehen kann.» Botschafter Nicolas Bideau, Chef der für Imagepflege beim Bund zuständigen «Präsenz Schweiz» zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für die Landeskommunikation, macht folgende Beobachtung: «Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie eine intakte Umwelt machen aus der Schweiz eine Art vorbildliche Schwiegertochter der westlichen Welt.» Und weiter: «Das Image der Schweiz ist sehr gut – ein wenig wie die Klassenbeste, die man bewundert oder vielleicht gar beneidet, der man aber auch eins auswischt, wenn sich Gelegenheit bietet.» Zum Beispiel im britischen Blatt «The Independent» 2007: «Schweiz: Das Herz der



Unabhängigkeit, Föderalismus, Souveränität und Selbstbestimmung sind die Grundpfeiler unseres Landes. Sie machen die Schweiz zu einem einzigartigen Hort für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

«Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.»

Finsternis in Europa?» Im deutschen «Spiegel» stand fast zeitgleich, die Schweiz sei eine «Demokratie am Rande des Nervenzusammenbruchs». Zwei Jahre später fragte die amerikanische «Los Angeles Times»: «Wer eigentlich braucht die Schweiz?», und 2010 verkündete das US-Nachrichtsmagazin «Newsweek» kurzerhand das «Ende der Schweiz». Im österreichischen «Kurier» las man: «Die Eidgenossen sorgen international für Un-

mut – die Schweiz eine skurrile Insel, die mit einem grauslichen Bukett von Problemen kämpft und deren Strahlmann-Image verblasst.»

Erfolgreiche Schweiz, glückliche Schweizer

Im auffälligsten Kontrast zu solcher Publizität steht der „World Happiness Report 2017“ der UNO, der die Schweiz nach Norwegen, Dänemark und Island auf dem vierten Platz der „glücklichs-

ten“ Länder dieser Welt sieht. Wie auch immer diese Auswertung zustande gekommen ist, die Eigenheiten und Stärken unseres Landes waren und sind es heute mehr denn je: Neutralität, Sicherheit, Frieden, Qualität, Ordnung, Sauberkeit, Solidarität, Demokratie und Meinungsfreiheit. Besonders bemerkenswert ist zudem für viele Betrachter, dass sogar ein neu erwachtes Heimatbewusstsein und ein neu erwachter Nationalstolz mit dem Land Schweiz in Zusammenhang gebracht wird. Das Land des «Heimwehs» oder des «Heimatscheins» löst – je nach Sichtweise – mit seiner selbstsicheren Präsenz Anerkennung, Bewunderung oder Neid aus. Weltmarkterfolge mit einzigartigen Schweizer Produkten – z.B. mehr als

450 verschiedenen Käsesorten oder begehrten Uhren von einzigartiger Verarbeitung und Präzision oder der erste Platz auf der „Weltrangliste der wettbewerbsfähigsten Länder“, die vom World Economic Forum (WEF) publiziert wird – das und noch viel mehr genügen nicht, um das Wesen des Schweizer Erfolges zu verstehen.

Freiheit, Solidarität und Milizprinzip

«Freiheit als Staatszweck» lautet die wohl treffendste und prägnanteste Formel dafür. So umschreibt SVP-Bundesrat Ueli Maurer den schweizerischen Sonderfall von 1291 bis heute. Ferner schreibt der SVP-Bundesrat: «Es bleibt unser Wunsch, unsere Angelegenheiten selber zu regeln. Das bezieht sich auf Einflussnahmen des Auslandes wie auf die Verhältnisse im Inland. Wir misstrauen der Macht. Bei uns half man sich schon immer selbst, und man half sich gegenseitig. Das Milizprinzip trägt und prägt dieses Land bis heute.» Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.



Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)



Bauer und Schwyzer Nationalrat Marcel Dettling

«Die Schweizer Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hervorragenden Produkten, die naturnah produziert werden und unsere einmalige Landschaft pflegt.»

Marcel wurde am 1. Februar 1981 in Einsiedeln (SZ) geboren, ist verheiratet mit Priska und hat drei Kinder sowie vier Geschwister. Marcel ist gelernter Landwirt und heute auf seinem eigenen Viehzucht-Betrieb in der Bergzone tätig. Dieser ist auf die Produktion von weissem Kalbfleisch spezialisiert. Im Winter arbeitet Marcel auch im Bergbahn-Betrieb. Seine Freizeit verbringt Marcel am liebsten auf den Ski.

Viehzucht-Betrieb

27 ha Viehzucht-Betrieb in der Bergzone

Spezialisiert auf die Produktion von weissem Kalbfleisch

14 Milchkühe

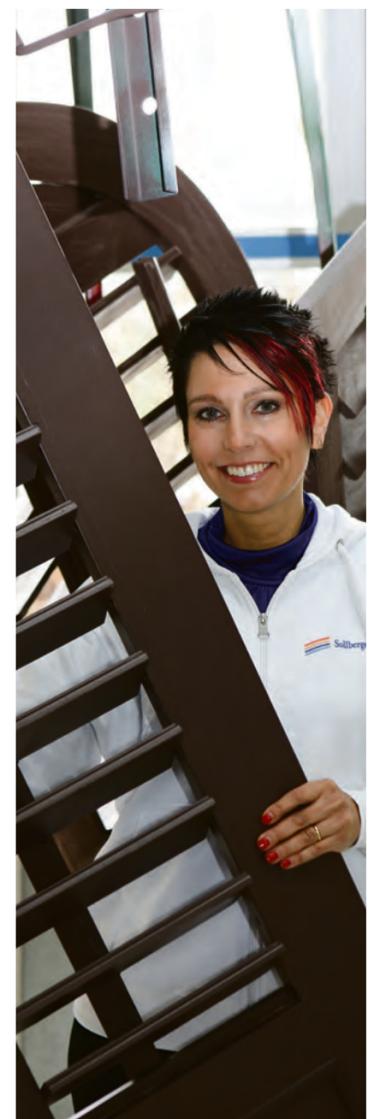
20 Mastkälber

20 Schafe

Porträt Nationalrätin und Malermeisterin Sandra Sollberger

Sandra Sollberger wurde kürzlich als «die Bunte» im Nationalrat bezeichnet. «Lieber bunt als farblos», kommentierte die sympathische Baselbieterin das Ranking. Das Prädikat bezog sich wohl eher auf ihren Beruf – Sandra Sollberger ist eidg. dipl. Malermeisterin – als auf ihre politische Haltung. Die 44-jährige ist seit 20 Jahren mit Simeon verheiratet und Mutter von Florence (20) und Fabrice (18). Sie ist Geschäftsführerin und Verwaltungsrätin der Sollberger Maler AG in Bubendorf (BL). Das Familienunternehmen besteht seit 60 Jahren und ist mit 12 Angestellten und 2 Lernenden (6 Frauen und 8 Männer) ein typischer KMU-Betrieb.

Seit 2015 ist Sandra Sollberger Nationalrätin. Zuvor war sie vier Jahre Landrätin und acht Jahre Gemeinderätin. Neben der KMU-Politik und dem Engagement für das Maler- und Gipsergewerbe, setzt sich Sandra Sollberger auch in zahlreichen Vereinen ein, so etwa im Natur- und Vogelschutzverein Bubendorf. Ornithologie fasziniert sie; inzwischen wissen ihre Nachbarn auch, warum Sandra Sollberger bisweilen mit dem Feldstecher durch den Garten schleicht.



Die Baselbieter Nationalrätin Sandra Sollberger führt zusammen mit ihrem Ehemann Simeon die Sollberger Maler AG in dritter Generation. Beide sind eidgenössisch diplomierte Malermeister.

Fakt ist:

Die Gemeinde Oberwil-Lieli ist anfangs 2018 die Nr. 1 beim Steuerfuss im Kanton Aargau. Der Steuerfuss lag zu Beginn meiner Amtszeit im Gemeinderat bei 98 % und ist mittlerweile auf 57 % gesunken. Möglich ist dies nur, weil wir, unter anderem, die Sozialkosten im Griff haben. Ich bin der Ansicht, dass jene Leute unterstützt werden sollen, die diese Unterstützung auch wirklich nötig haben, und nicht jene, die einfach zu bequem zum Arbeiten sind. Wer am Morgen aufsteht und arbeiten geht, für den muss es sich lohnen. Andererseits muss der Bezug von Sozialleistungen mit Einschränkungen verbunden sein.

Wir als Gemeinde Oberwil-Lieli belegen ebenfalls den Platz 1 beim «Weltwoche»-Rating in Bezug auf die Lebensqualität im Dorf. Wir haben ein neues Schulhaus gebaut, zwei neue Kindergärten, Alterswohnungen, ein neues Feuerwehrgebäude mit Werkhof, eine Freizeitanlage, wir haben das Gemeindehaus saniert, zwei Dorfeste durchgeführt. Es ist einiges passiert über die letzten zwanzig Jahre als ich im Gemeinderat bzw. seit 2006 Gemeindepräsident war.



Nationalrat Andreas Glamer, Oberwil-Lieli (AG)

Personenfreizügigkeit: Ein Triumph der Gewerkschaften

Die Personenfreizügigkeit setzt unseren Arbeitsmarkt unter Druck. Der Staat schränkt Unternehmen und Mitarbeiter immer mehr ein. Der freie Arbeitsmarkt ist nur noch ein Mythos. Gewinner sind die Gewerkschaften. Sie bauen ihre Macht aus und bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Begrenzungsinitiative wird uns befreien und unseren Wohlstand sichern.

Auf Druck der EU führte die Schweiz 2002 die Personenfreizügigkeit mit 15 Ländern ein. Weitere 13 Länder folgten. Sie gibt jedem Ausländer das Recht, frei in die Schweiz einzuwandern und Arbeit anzunehmen. Unsere Löhne, unsere Sozialleistungen und unsere Altersvorsorge gehören zu den besten der Welt. Die Schweiz ist attraktiv – für gut ausgebildete und für weniger gut ausgebildete Personen gleichermaßen.

Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz massiv beeinträchtigt. Mit jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit stieg die Ausländerquote weiter an. Verzeichnete die Schweiz 2002 noch 20% Ausländer, sind es heute bereits 25%! Ausländer sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 6%, bei Schweizern nur bei 2,4%. Die meisten Ausländer arbeiten im Gastgewerbe, im Bau und im Detailhandel, wo ihr Anteil bis über 40% beträgt. Seit der Personenfreizügigkeit haben in diesen Branchen die Anzahl der beschäftigten Ausländer und die Ausländerquote stark zugenommen. Gleichzeitig haben diese Branchen aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten! So liegt im Kanton Tessin die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im Gastgewerbe bei rund 18%! Im Kanton Wallis beträgt die Jahresarbeitslosigkeit im Bau sogar rund 25%! Auch in Zürich sind es 8%. Es hätte also genügend Inländer, welche die Arbeiten verrichten könnten. Trotzdem werden immer mehr Ausländer in die Schweiz geholt. Für Arbeitslose zahlen die anderen. Haben Sie gewusst, dass die Gewerkschaften an jedem Arbeitslosen direkt verdienen? Die Gewerkschaften gehören nämlich zu den grössten Arbeitslosenkassen



Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit stärkt den Werkplatz Schweiz. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ist überzeugt: «Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.»

und verrechnen ihre Leistungen für Beratung, Arbeitsmarktmassnahmen und das Auszahlen von Arbeitslosen-

einen Ausländer aus dem Ausland nur, wenn es keinen Inländer für diese Arbeit gab. Man zahlte dem Ausländer den in

sogar unter einem «allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag». Mindestlöhne, Entschädigungen, Arbeitszeit, Fe-

«Um den bestehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert.»

geldern bei jedem Arbeitslosen nach Leistungspunkten.

Das Konstrukt der Gewerkschaften

Weil sich so viele Ausländer um eine Arbeit in der Schweiz bewerben können, geraten Schweizer Löhne unter Druck. Ausländer sind auch mit weniger Lohn und schlechteren Bedingungen zufrieden, sind sie doch im Vergleich zur Heimat immer noch deutlich besser dran. Vor der Personenfreizügigkeit war das anders. Die Arbeitsbewilligung gab es für

der Schweiz üblichen Lohn. Nicht so bei der Personenfreizügigkeit. Um den entstehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Diese greifen massiv in den Arbeitsmarkt ein und zwingen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in standardisierte Gesamtarbeitsverträge. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert. Inzwischen ist bereits jeder zweite Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt! Einer von vier Arbeitnehmern arbeitet

rien usw. werden so einheitlich geregelt und jeglicher Wettbewerb unterbunden. Und dies, obwohl sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne deutlich gegen staatliche Mindestlöhne und einheitliche Ferienregelungen aussprach! Trotz Standardisierung haben die Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz noch zugenommen. Die Gewerkschaften, welche die 50% Arbeitnehmer offiziell vertreten (obwohl nur 15% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind), benutzen ihre Macht zunehmend als Druckmittel für weitergehende soziale Forderungen.

Denn: Jeder Mitarbeiter und jedes Unternehmen im Gesamtarbeitsvertrag leistet pauschal oder als Lohnabzug sogenannte Solidaritätsbeiträge. Diese Millionen-

«Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.»

beiträge landen in den Kassen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, insgesamt über 20 Millionen Franken in der Gastronomie und beinahe 50 Millionen Franken im Bau!

Personenfreizügigkeit abschaffen

Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht. Der liberale Arbeitsmarkt wurde zerstört und stattdessen das Arbeitsverhältnis zentralisiert und verstaatlicht. Linke Forderungen werden gegen den Willen des Stimmbürgers, und ohne dass das einzelne Unternehmen oder der einzelne Arbeitnehmer etwas zu sagen hätte, für allgemeinverbindlich erklärt. Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften kassieren – die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Es ist Zeit, dass wir dieses Monster eindämmen: Lasst uns die Personenfreizügigkeit mit der Begrenzungsinitiative abschaffen! Die Macht der Gewerkschaften muss zurückgebunden werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz! Wir von der SVP setzen uns dafür ein!

Nationalrätin
Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin
EMS-CHEMIE AG (GR)



«Als Unternehmer ist mir die zunehmende Bürokratie ein Dorn im Auge. Neben der Übernahme von internationalen Regulierungen ist die



Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

Energiebürokratie zu einem Haupttreiber der Überregulierung geworden. Die verheerende Energiepolitik von Mitte-links ist inzwischen ein handfestes Problem für unseren Wirtschaftsstandort.»

«Wegen der unkontrollierten Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit werden immer mehr Stellen durch Ausländer besetzt. Die Jobsuche gestaltet sich sowohl für junge Schweizer und Secondos als auch für die über 50-Jährigen zunehmend schwierig.»



Nationalrat Mauro Tuena, IT-Unternehmer in Zürich

«Zu wenig Politiker kennen die Bedürfnisse der KMU und des Gewerbes aus der Praxis. Vor den Wahlen wird



Nationalrätin Sylvia Flückiger, Inhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung, Flückiger Holz AG in Schöffland (AG)

das Hohelied auf die KMU als Rückgrat der Wirtschaft besungen, bei Abstimmungen ist alles vergessen, neue Vorschriften und Abgaben werden beschlossen. Wir müssen unsere Unternehmen für die Zukunft stärken, deshalb sage ich Stopp!»

«Staatliche Regulierung und Bürokratie verlangen einen immer grösseren zeitlichen Aufwand. Diese Zeit möchte ich lieber in meinen Betrieb investieren. Dort wird der volkswirtschaftliche Nutzen erbracht.»



Nationalrat Erich Hess, Lastwagenfahrer und Unternehmer in Bern

«Der SVP wird vorgeworfen, konservativ zu sein. Wenn jedoch Gewerkschaften an uralten, längst überholten Arbeitszeitmodellen festhalten, dann wird das sozial genannt. Eine Modernisierung unserer Arbeitszeitregeln ist jedoch dringend notwendig und sollte nicht länger aufgeschoben werden.»



Nationalrätin Diana Gutjahr, Geschäftsführerin der Ernst Fischer AG in Romanshorn (TG)

Die Sozialkosten-Welle

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntlang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.



Nationalrätin Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf (ZH)

Diese Leistungen sind oftmals so hoch, dass es sich ökonomisch gesehen nicht lohnt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Für einen jungen Eritreer beispielsweise sind das monatlich CHF 986.– Bargeld, zudem hat er Anspruch auf eine Wohnung und die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge. So stehen ihm standardmässig Leistungen von rund CHF 2600.– zu. Bei einem Haushalt mit vier Personen sind es Sozialleistungen von mindestens CHF 5000.–.

Auch Zahnarzt wird bezahlt

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen»¹ müssen die Gemeinden jedoch zusätzlich folgende Ausgaben übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Brillen, Krippenkosten, Babyartikel, Schultensilien, Prämien, Selbstbehalt und Franchisen von Schaden-

Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Umzugskosten, Anwaltskosten, amtliche Papiere, ÖV-Abos, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts und Musikstunden und -instrumente. Zusätzlich bezahlt die Allgemeinheit ihm die AHV/IV-Beiträge. Wenn er also mit 18 Jahren in die Schweiz kommt und bis 65 auf Kosten der Sozialhilfe lebt, erhält er

eine AHV-Rente, ohne je einen Tag in der Schweiz gearbeitet zu haben.

Asylindustrie boomt

Frühere Flüchtlingsgenerationen – Vietnamesen, Ungarn, Jugoslawen etc. – haben sich durch Eigeninitiative integriert. Heute ist um die fehlenden Qualifikationen eine regelrechte Asylindustrie entstanden: Ein Integrationskurs der Stiftung «Chance» beispielsweise kostet CHF 3385.– pro Monat

– damit ein Flüchtling arbeiten lernt. Ein Alphabetisierungskurs schlägt monatlich mit CHF 1375.– zu Buche und dauert meist Jahre. Das Gleiche gilt für das Arbeitstraining, das den Gemeinden für monatliche CHF 1700.– verkauft wird. Selbst für ein Praktikum zahlt der Steuerzahler CHF 1540.– pro Monat – notabene ohne Erfolgsgarantie. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor geworden – zulasten der Steuerzahler und unseren eigenen Bedürfnissen.

Fakt ist:

Die Kosten der Sozialhilfe steigen massiv. Zwischen 2005 und 2015 haben sie von 1,7 auf 2,6 Milliarden Franken zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von über 60 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler stieg innerhalb dieser zehn Jahre jedoch nur um 12 Prozent, d.h. von 237'500 auf 265'600 Personen. Praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezügler sind Ausländer. Viele haben nie gearbeitet und Steuern bezahlt. Bezahlen müssen die massiv ansteigenden Sozialhilfekosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden und Kantonen, was zu einer immer höheren Belastung von ihnen führt.



Nationalrat Felix Müri

Diese Leistungen erhalten anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder
Grundbedarf	CHF 986.00	CHF 1'509.00	CHF 2'110.00
Miete inkl. Nebenkosten (Maximalbetrag)	CHF 1'100.00	CHF 1'300.00	CHF 1'600.00
Krankenkasse Erwachsene	CHF 394.00	CHF 394.00	CHF 786.00
Krankenkasse pro Kind CHF 85.–		CHF 85.00	CHF 170.00
AHV/IV-Beiträge	CHF 45.00	CHF 45.00	CHF 45.00
situationsbedingte Leistungen ¹ (Durchschnittswert)	CHF 100.00	CHF 200.00	CHF 300.00
Monatliche Bezüge	CHF 2'625.00	CHF 3'533.00	CHF 5'011.00

Sozialhilfe nach den sog. SKOS-Richtlinien. Die Wohnungsmieten verstehen sich inkl. Nebenkosten und richten sich nach den kommunalen Reglementen. Das Beispiel hier entspricht den Wohnpreisen in der Agglomeration Zürich.

Schweiz-EU: Wer seine Handlungsfähigkeit aufgibt, ist verloren

Vor 25 Jahren hat sich das Schweizer Volk durch die Ablehnung des EWR/EU-Vertrages seine Handlungsfähigkeit erhalten. Ein eigenständiger Handlungsspielraum und Selbstbestimmung sind ein hohes Gut. Diese zu sichern, ist darum oberstes Ziel eines souveränen Landes. Doch leider sind diese wichtigen Güter in grosser Gefahr.

Es gilt auch heute wie vor 25 Jahren, einen Beitritt in die Europäische Union zu verhindern. Der Bundesrat hatte damals in seiner Botschaft ans Parlament zu Recht klar festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Brüssel bestimmt

Heute treibt uns die Classe politique wieder in die gleiche Situation. Soll sich die Schweiz unwiderruflich an die EU anbinden? Soll in Zukunft die EU über die Schweiz gebieten? Die EU will dies mit einem sogenannten institutionellen Rahmenabkommen erreichen. Und die Classe politique gibt nach und will ihr diesen ungeheuerlichen Wunsch erfüllen: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen, ohne dass Volk und Stände etwas zu sagen hätten. Das reicht von Regeln über die Zuwanderung, den Warenhandel, die Landwirtschaft bis zum Land- und Luftverkehr. Die relevanten Gesetze der Schweiz würden in Zukunft in Brüssel gemacht und nicht mehr vom schweizerischen Parlament und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Für die Auslegung und die Einhaltung dieser Gesetze soll ein fremdes Gericht, der EU-Gerichtshof, zuständig sein. Würde die Schweiz einem solchen EU-Gesetz nicht Folge leisten, hätte die EU das Recht, Sanktionsmassnahmen zu ergreifen. Die Schweiz würde damit all ihre Vorteile, die sie heute ausserhalb der EU hat, aufgeben. Ein solcher Unterwerfungsvertrag wäre das Ende einer selbstbestimmten und unabhängigen Schweiz.

Staatsstreik durch die Hintertüre

Profitieren von einem solchen Vertrag würden Politiker, Beamte und Funkti-



Alt Bundesrat Christoph Blocher: Der ewige Kämpfer für die Selbstbestimmung und Freiheit der Schweiz

onäre. Sie alle können dann an internationale Konferenzen reisen, wären die Ansprechpartner der EU und könnten – unbehelligt durch betroffene Bürger – deren Beschlüsse umsetzen. Bürger, Unternehmen, Kantone und Gemeinden hätten die Folgen zu tragen. Bereits heute beginnen Bundesverwaltung und Politiker die Macht an

Staaten – und auch mit der EU – neutrale Beziehungen pflegen und Handel betreiben. Weil die Classe politique wankt, müssen Bürger an der Urne zum Rechten sehen.

2. Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht

« Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. »

sich zu reissen: Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen oder missachtet. Das internationale Recht wird neuerdings auch vom Bundesgericht leichtfertig über das demokratisch beschlossene Schweizer Recht gestellt. Die Folge davon: Kriminelle Ausländer können nicht ausgeschafft werden oder die masslose Zuwanderung kann trotz anderslautenden Volksentscheiden nicht begrenzt werden.

Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun?

1. Die Schweiz darf sich nicht mit einem institutionellen Rahmenabkommen an die EU binden, sondern muss weiterhin weltoffen mit allen

über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP garantiert dies. Also: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

3. Der Wille von Volk und Ständen, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern ist endlich umzusetzen. Die Begrenzungsinitiative stellt dies sicher. Sie garantiert eine massvolle Zuwanderung zum Wohl der Bevölkerung. Deshalb: Begrenzungsinitiative unterzeichnen (vgl. beiliegender Unterschriftenbogen)! Damit unsere Kinder eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit haben.

Kommentar

Ausschaffungen: Leere «Strichliliste»

2010 hat die Stimmbevölkerung mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass künftig kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Das Parlament hat den Auftrag leider nicht verstanden und in das Umsetzungsgesetz eine «Täterschutzklausel» aufgenommen. Demnach können die Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härtefälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Gerade eine solche richterliche Willkür wollte das Stimmvolk aber verhindern. Trotz der Aufweichung des Volksentscheids wurde uns eine «pefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Ich meinerseits habe versprochen, eine «Strichliliste» über die Landesverweise zu führen. Deshalb habe ich dem Bundesrat seit Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober 2016 in jeder Session die Frage gestellt, wie viele Landesverweise denn nun ausgesprochen worden seien. 2016 waren es gerade einmal 14. Ende November 2017 antwortet Bundesrätin Sommaruga auf meine Frage: «Die Daten für das Jahr 2017 werden vom Bundesamt für Statistik im Juni 2018 statistisch ausgewertet.» Dagegen wurde, dem Vernehmen nach, die «Täterschutzklausel» bereits Dutzende Male angewendet. Wie von der SVP befürchtet, wird wohl aus der Ausnahme eine Regel gemacht. Ein Volksentscheid wurde einmal mehr nicht umgesetzt.



Nationalrat Toni Brunner (SG)



Kommentar

Verfehlte Flüchtlingspolitik



Mit dem Dublin-Abkommen müsste die Schweiz nur noch Asylsuchende ins Verfahren aufnehmen, die mit dem Flugzeug direkt in die Schweiz gekommen sind. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden reist aber über den Landweg in den EU-Raum ein und müsste sich im ersten Dublin-Land wie Italien registrieren, beurteilen und betreuen lassen. Wer das nicht macht, kann gemäss diesem EU-Abkommen von der Schweiz in dieses Land zurückgewiesen werden. Da die Schweiz von EU-Dublin-Staaten umgeben ist, gilt dies praktisch für alle, funktioniert aber häufig nicht. Und trotzdem nimmt Frau Sommaruga zehntausende Asylsuchende in der Schweiz auf. Das Dublinsystem ist das Papier nicht wert und unsere Asylbehörden versagen komplett. Doch, als wäre das nicht genug, hat Justizministerin Sommaruga auch noch damit begonnen, Migranten direkt aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit betätigt sich der Bundesrat jetzt offiziell als eine Art Schlepperorganisation, was weitere Völkerwanderungen in Afrika auslösen wird. Diese falsche Asylpolitik, die über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz wiederkehrende Milliardenkosten verursacht und unsere Gemeinden ruinieren wird, bekämpft nur die SVP.



Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Interview mit Nationalrat Jean-François Rime

Verträge mit der EU dürfen kein Klumpenrisiko werden!



Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime warnt vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Er lebt in Bulle, ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit Mai 2012 ist er Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit 300'000 Unternehmen im Rücken stehen Sie mit Blick auf die Aussenwirtschaftspolitik vor fast historischen Herausforderungen. Was ist zu tun oder zu lassen, um die wirtschaftlichen Stärken zu fördern?

Unsere Stärken im globalen Umfeld sehe ich dank hoher Qualität in der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, weiter in der Standortattraktivität und in der Effizienz und Produktivität. So heben wir uns vom Mittelmass ab. Diese Stärken gilt es zu bewahren und zu fördern. Auf keinen Fall dürfen wir die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ans Ausland delegieren. Es wäre verheerend, von dort die Lösung unserer Probleme zu erwarten.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um mit dieser Strategie zum Erfolg zu kommen?

Ich nenne zwei Stichworte: Frankenstärke beziehungsweise Euroschwäche und Regulierungskosten. Weil die Schweiz keinen direkten Einfluss auf die EU-Probleme hat, müssen wir den Hebel anderswo ansetzen. In den Unternehmen wurde bereits ausserordentlich viel getan. Die Politik ist hingegen noch im Verzug. Dies wegen der selbst verursachten, viel zu hohen Regulierungskosten. Seit 2010 wissen wir, dass wir uns damit nur behindern und strangulieren. Vermeidbare und überflüssige Regulierungskosten fressen rund zehn Milliarden Franken unseres Bruttoinlandsprodukts weg. Seit 2013 liegen Pläne in der Schublade des Bundesrates, um diese hausgemachte Benachteiligung gegenüber der Auslandskonkurrenz abzufedern.

Trifft die Vermutung zu, dass sich der Bundesrat vor allem auf die Beziehungen zur EU zu konzentrieren scheint, oder täuscht dieser Eindruck? Ganz und gar nicht! Der EU als dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz,

und zwar auf Gegenseitigkeit, gilt richtigerweise die Hauptaufmerksamkeit. Dabei müssen wir auch auf die Abhängigkeit von der EU achten, weil wir sonst ein Klumpenrisiko schaffen. Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen der Schweiz reichen weit über den EU-Raum hinaus. Ich erinnere daran, dass die Schweiz 2013 als erstes Land Europas ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China unterzeichnen konnte.

Und wie soll sich die Aussenwirtschaftspolitik im Verhältnis zur EU positionieren?

Es gilt vor allem, die Vorteile und die guten Bedingungen der bilateralen Verträge mit der EU zu pflegen und weiter zu entwickeln. Herausgefordert sind jetzt mehr denn je die verhandlungsstarken Kräfte unserer Wirtschaftsdiplomatie. Nicht Überheblichkeit oder Arroganz helfen uns, sondern selbstbewusste Besinnung auf unsere Stärken. So wird man als Verhandlungspartner ernst genommen. Bittsteller, die mit vorauseilendem Gehorsam vorgehen, haben verloren, bevor sie den Sitzungstisch in Brüssel erreichen. Gift für unseren Wirtschaftserfolg sind auch die unsäglichen Swiss-Finish-Regulierungen. Als Musterknaben befolgen wir diese hausgemachten Knebelvorschriften punktgenau, nur um unsern Verhandlungspartnern zu gefallen, aber wir schwächen uns selber damit.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des von der EU so dringend gewünsch-

ten institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz?

Ich warne vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Das würde unseren globalen Handlungsspielraum zunichte machen und unsere Position dauerhaft schwächen. Denn vielfach ist es richtig und besser, wenn wir anders handeln und uns anders entwickeln als die EU. Wir würden mit einem Rahmenabkommen nach Vorstellungen der EU als bedeutungsloser Kleinstaat sang- und klanglos untergehen, ohne der EU beizutreten. Die bessere Alternative sehe ich in der sorgfältigen Pflege der bilateralen Abkommen, weil uns dieses Vertragssystem Rechtssicherheit garantiert. Die bilateralen Verträge sind Verträge auf Augenhöhe. Kein Partner ist dem anderen unterstellt, kein Partner muss Regulierungen oder die Gerichtsbarkeit des anderen übernehmen. Damit das so bleibt, haben wir unsere Verantwortung selber wahrzunehmen und die direkte Demokratie, die uns Selbstbestimmung sichert zu schützen.



Volkswille? Direkte Demokratie? Abstimmungsentscheide? – Für EU-Brüssel ist der Wählerwille vor allem eines: Störend!



Wussten Sie, dass ...

... die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist?

Obwohl die EU auf der ganzen Welt Handel treibt, war die Schweiz auch im Jahr 2016 erneut der dritt wichtigste Warenhandelspartner der Europäischen Union. Ganze 7,7% (264 Milliarden Euro) des Gesamtwarenverkehrs der EU fanden im Austausch mit der Schweiz statt. Die Spitzenplätze wurden belegt von China (15,2%) und den USA (17,7%). Damit ist die Schweiz als Warenhandelspartner für die EU wichtiger als Russland (5,5%), die Türkei (4,2%) oder Japan (3,6%).

... die Schweiz mehr Arbeitslose hat als Deutschland?

Gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) liegt im Jahr 2016 die jahresdurchschnittliche Jugend-Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 8,6% höher als in Deutschland mit 7%. Gleiches gilt für die Erwerbslosenquote im Jahr 2016, die für die Schweiz 5% und für Deutschland 4,1% beträgt.

... das Produktivitätswachstum in der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit negativ ist?

Das Produktivitätswachstum ist in der Schweiz seit 2007 insgesamt sogar negativ. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2 Prozent (BCA Research 2017).

Verena Herzog,
Nationalrätin,
Frauenfeld



Was will das EU-Rahmenabkommen?

Ende 2012 teilte die EU der Schweiz mit, weitere bilaterale Verhandlungen kämen nur noch in Frage, wenn sich die Schweiz mit einem institutionellen Rahmenabkommen stärker in die EU einbinde. Wer Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse bedingungslos heutiges und künftiges EU-Recht akzeptieren und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Dieser entscheidet im Streitfall abschliessend, was zu Sanktionen (Strafmassnahmen) führen kann. Für die Schweiz hätte ein solches Rahmenabkommen schwerwiegende Auswirkungen:

- Ob ein EU-Gesetz auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betrifft, entscheidet allein die EU. Gegebenenfalls müsste die Schweiz alle EU-Gesetze übernehmen, die auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betreffen. Beim Abschluss der bilateralen Abkommen wurde durch die Schweiz der damalige Stand des EU-Rechts

übernommen. Seither wurde das EU-Recht weiterentwickelt. Aus Brüsseler Sicht entsprechen heute manche Abkommen nicht mehr dem neuesten EU-Recht.

- Wenn es zu Konflikten über die Auslegung der bilateralen Verträge kommt, entscheidet abschliessend der EU-Gerichtshof. Die Schweiz müsste ohne Mitsprache bei der Urteilsfindung die Entscheide dieses parteiischen Gerichts anerkennen und vollziehen. Sollte die Schweiz einem Entscheid des EU-Gerichts nicht Folge leisten, könnte die EU Strafmassnahmen verhängen. Die heutigen bilateralen Abkommen nennen keine Gerichte, welche im Streitfall entscheiden. Bei Konflikten werden Differenzen ohne Androhung von Sanktionen auf diplomatischer Ebene ausdiskutiert.

- Statt der bisherigen «Kohäsionsmilliarden» als freiwillige

Gegenleistung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte die Schweiz in Zukunft der EU jährliche Beiträge abzuliefern.

- Das Abkommen ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern «auf Augenhöhe», sondern ein verkappter Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag. Auch wenn noch nicht alle Details zum Rahmenabkommen bekannt sind, zeigt sich bereits jetzt, dass der Schweiz nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte eingeräumt werden sollen.

Eine solcher «Freundschaftsvertrag» zur Einbindung der Schweiz in die EU ist nicht vereinbar mit der direktdemokratischen Schweizer Staatsform und darum von Volk und Ständen - der obersten Instanz des Landes - mit aller Kraft zu bekämpfen.

Kommentar

Kohäsionsmilliarde wofür?



Letzten November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Staatsbesuch in Bern. Der Himmel hing voller Geigen. Angeblich. Bundespräsidentin Doris Leuthard war hin und weg. Juncker flötete von «Freundschaft» und «Kaiserwetter». Dafür erntete er Zusagen in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken. Leuthard bekräftigte stolz, dass man das Geldgeschenk «ohne Verknüpfung politischer Interessen» spreche, also ohne Gegenleistung.

Scherbenhauten

Mittlerweile liegt Leuthards Diplomatie des Geldverteils in Scherben. Die Geschenke brachten nichts. Katzenjammer folgt auf Kaiserwetter. Junckers Gesäusel entpuppt sich als getarnter Stich in den Rücken der Bundespräsidentin. Brüssel macht nicht Freundschafts-, sondern, wen wundert, Interessenpolitik: Leuthards Kumpel Juncker will die Schweiz gewaltsam in eine institutionelle Zwangsehe mit seiner EU hebeln, fremde Richter inbegriffen.

Erpressung

Konkret: Die EU verlangt, dass wir künftig automatisch europäisches Recht übernehmen. Im Zweifelsfall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Weigert sich die Schweiz, droht Brüssel mit Schikanen gegen den Finanzplatz. Immerhin wissen wir jetzt, was Junckers EU unter Freundschaft versteht. Es ist die Freundschaft eines Mafiapaten, der dir freundschaftlich den Arm bricht, wenn du dich seinen Forderungen widersetzt.

Unredlichkeit

Jetzt rächt sich das jahrelange Doppelspiel des Bundesrats und seiner Diplomaten. Denen in Brüssel erzählten sie, man werde die widerspenstige Schweiz, bilateral, Stück für Stück doch noch irgendwie in die EU heran- bzw. hinein-führen. Gegenüber den Schweizern sagte man, das Ziel sei die bilaterale Unabhängigkeit. Jetzt hat die EU die Schummelei bemerkt und ist erzürnt. Man kann es fast verstehen.

Wie weiter?

Wie weiter? Der Bundesrat muss gegenüber Brüssel endlich Klartext reden: Die Schweiz will gute Beziehungen zur EU, aber wir wollen keinen Beitritt, keine Einrahmung, keine automatische Rechtsübernahme und keine fremden Richter. Wir wollen auch keine 1,3 Milliarden an Länder verteilen, die dank dem Sponsoring ihre Steuern senken und unsere Firmen abwerben können. Wir wollen unsere Zuwanderung wieder selber steuern!

Keine Zwangsheirat

Die EU wird keine Freude haben, aber das ist nicht so schlimm. Die EU will viel von uns, aber wir wollen nichts, was uns Brüssel geben könnte. Deshalb unser Rat ins Bundeshaus: Tief durchatmen, standhaft bleiben; gute Beziehungen immer, aber bitte keine Zwangsheirat mit der Europäischen Union. Juncker wird dieses Freundschaftsangebot verkraften.

Nationalrat
Roger Köppel,
Verleger und
Chefredaktor
Weltwoche,
Küsnacht (ZH)



Gewinnen Sie beim nicht so tierisch ernstem Wettbewerb

Online mitmachen unter:
www.svp.ch/wettbewerb

Wie gut kennen Sie die SVP?

1. Welches ist das Logo der SVP Schweiz?



MA Mond



SEL Sünneli



EL Stern

2. Was heisst SVP?



UO s'il vous plaît



GI Sixpacks vor pleasure



BS Schweizerische Volkspartei

3. Für welche Themen setzt sich die SVP vor allem ein?



TBE Freiheit und Unabhängigkeit



BAI Umverteilung und staatliche Regulierung



ITZ EU-Beitritt

4. Welches Jubiläum konnten wir dank der SVP am 6. Dezember 2017 feiern?



BLA 25 Jahre Meinungsfreiheit



OPI 25 Jahre 1. August-Feiertag



STI 25 Jahre EWR-Nein

5. Welches sind die beiden aktuellen Bundesräte der SVP?



YO Adolf Ogi und Christoph Blocher



MM Ueli Maurer und Guy Parmelin



AH Christa Rigozzi und Linda Fäh

6. Welches Ereignis führte zur Entstehung der SVP?



UNG Gründung der Zürcher Bauernpartei 1917



LAR Gründung Jodlerklub Seerose 1952



UPF Schlacht am Morgarten 1315

Und so geht's: Die rot gefärbten Buchstaben hier unten nacheinander eintragen.

Lösungswort:

1. Preis: Bundeshaus-Führung für vier Personen mit einem Parlamentarier nach Wahl inklusive Mittagessen.
2. Preis: Grosser Bauern-Korb mit regionalen Produkten im Wert von Fr. 300.–.
3. Preis: Brunch-Gutschein vom Stockhorn, Hausberg des Parteipräsidenten Albert Rösti, im Wert von Fr. 200.–.

Machen Sie online mit unter www.svp.ch/wettbewerb oder füllen Sie die Adressfelder aus, schneiden den Talon aus und senden Sie diesen in einem Couvert an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail info@svp.ch

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail/Natel: _____

Mehr SVP für einen starken Kanton Zug



Liebe Zugerinnen und Zuger

Die SVP des Kantons Zug stellt im Kantonsrat die zweitgrösste Fraktion und beeinflusst in den Kommissionen die kantonale Gesetzgebung massgeblich. In der Exekutive stehen Statthalter und Regierungsrat Stephan Schleiss, Vorsteher der Direktion für Bildung und Kultur, sowie Regierungsrat Heinz Tännler, Vorsteher der Finanzdirektion, für die Werte der SVP ein. In den elf Zuger Gemeindeexekutiven ist die SVP ebenfalls stark vertreten: In der Stadt Zug mit Stadtrat André Wicki, Vorsteher des Baudepartements, in der Gemeinde Baar mit Gemeinderat Hans Steinmann, Vorsteher der Abteilung Finanzen/Wirtschaft, in der Gemeinde Cham mit Gemeinderat Rolf Ineichen, Vorsteher der Abteilung Planung und Hochbau, in der Gemeinde Risch-Rotkreuz mit Gemeinderat Franz Zoppi, Vorsteher der Abtei-

lung Finanzen/Controlling, in der Gemeinde Unterägeri mit Gemeinderat Roland Müller, Vorsteher der Abteilung Soziales und Gesundheit, in der Gemeinde Oberägeri mit Gemeinderat Andreas Meier, Vorsteher des Ressorts Bau und Infrastruktur, in der Gemeinde Menzingen mit Gemeinderat Martin Kempf, Vorsteher der Abteilung Bau und in der Gemeinde Walchwil mit Gemeinderätin Caroline Schmid, Vorsteherin der Abteilung Soziales/Gesundheit.

Erfolge der SVP

Unter Regierungsrat Heinz Tännler schreitet eine echte Sanierung des kantonalen Haushalts zügig voran und unter Regierungsrat Stephan Schleiss wurden im Bildungsbereich separate Kleinklassen für die Kinder aus dem Asylbereich eingeführt. Auch die Kantonalpartei und die SVP-Kantonsratsfraktion waren in der Vergangenheit immer wieder erfolgreich, mit direktdemokratischen Mitteln die politische Agenda zu bestimmen: Sei es bei HarmoS, beim Integrationsgesetz oder beim Gebüh-

rengegesetz. Und – dies ist besonders zu erwähnen – auf gemeindlicher Ebene ist es der SVP und ihrem haushalterischen Umgang mit den Steuereinnahmen zu verdanken, dass in den letzten Jahren in zahlreichen Gemeinden der Steuerfuss gesenkt werden konnte. Trotzdem braucht es dringend mehr SVP: Die Regulierungsdichte für unsere KMU muss unbedingt weiter abgebaut, die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften soll wieder eigenständig gesteuert und der Missbrauch unseres Asylwesens durch Wirtschaftsmigranten muss nun endlich unterbunden werden. Trotz diesen und anderen grossen politischen Baustellen wünsche ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser unseres Extrablatts, gute Gesundheit, Glück und viel Erfolg im Jahr 2018.

Ihr Thomas Aeschi, Nationalrat
Präsident SVP Kanton Zug

Nein zur Anbindung an die EU

Das dominierende politische Thema im Jahr 2018 wird das Verhältnis Schweiz-EU sein. Es wird uns besonders in den folgenden vier Bereichen beschäftigen. Erstens lehnt die SVP, als einzige Partei, ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vehement ab. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Unsinnige Milliardenzahlungen
Zweitens sagt die SVP entschieden Nein zu einer weiteren Milliardenzahlung an

die EU, welche der Bundesrat der EU leichtsinnig und ohne Gegenleistung versprochen hat. Fast wöchentlich lesen wir in den Zeitungen, wie Stellen von der Schweiz nach Polen, Ungarn oder in andere osteuropäische Staaten verlagert werden. Die SVP wehrt sich dagegen, diesen wirtschaftlich aufstrebenden Ländern noch mit einer Milliardenzahlung unter die Arme zu greifen, während die finanzielle Belastung für viele Schweizer durch Steuern, Gebühren und Abgaben immer höher wird.

Begrenzungsinitiative

Drittens hat die SVP vor kurzem die Volksinitiative «für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)» lanciert. Eine eigenständige Regelung der Zuwanderung ist für jede unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Nation eine Selbstverständlichkeit. Nach-

dem sich Bundesrat und Parlament weigerten, die von Volk und Ständen beschlossene Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, gehen die unkontrollierte Einwanderung und ihre schmerzhaften Folgen für die Schweiz ungebremst weiter. Seit Jahren liegt die Nettozuwanderung in die Schweiz zwischen 60'000 bis 80'000 Personen pro Jahr. Die negativen Folgen dieser unnatürlichen Entwicklung sind täglich zu spüren: Die Konkurrenz um einen guten Arbeitsplatz steigt, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise sind hoch, die Landschaft wird zusehends verstädert, das Schulsystem steht grossen Herausforderungen gegenüber, der Stau auf den Strassen und der Stress in den Zügen strapaziert zunehmend die Gesundheit und die Säulen unserer Sozialwerke beginnen zu wanken. Mit der Begrenzungs-Initiative wird «der Rechtsanspruch auf die freie Einwanderung für Ausländer» ausgeschlossen. So wird die Schweiz ihre Einwanderung wieder strikte nach ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen, im Interesse ihrer Sicherheit und nach den Möglichkeiten des Landes ausrichten.

Selbstbestimmungsinitiative

Viertens wird das Schweizer Volk im Jahr 2018 über die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» abstimmen. Wird die Initiative angenommen, gehören Schlagzeilen wie die folgenden der Vergangenheit an: «Schweiz darf afghanische Familie nicht an das Erstaufnahmeland Italien überstellen», «Strassburg verbie-

tet die Ausweisung eines Kriminellen» oder «Strassburg erlaubt kriminellen Ausländer die Einreise in die Schweiz». Wenn Sie an der Politik der SVP interessiert sind, freuen wir uns, Sie hier im Kanton Zug an einem unserer zahlreichen Anlässe als Gast willkommen zu heissen: Besuchen Sie unsere Nominationsversammlung vom Donnerstag, 7.

Juni 2018 im Restaurant Brandenburg. Kommen Sie an den Bauernbrunch der SVP Menzingen vom Mittwoch, 15. August 2018 (Mariä Himmelfahrt). Oder nehmen Sie an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom Samstag, 25. August 2018 in Unterägeri teil. Wir freuen uns auf Sie!

Frei bleiben!

SVP wählen.

www.svp-zug.ch



«Wir engagieren uns für einen starken Kanton Zug!»

Mit Heinz Tännler und Stephan Schleiss kann die SVP Kanton Zug auf zwei erfahrene und bewährte Regierungsräte zählen. Heinz Tännler gehört seit 2007 dem Zuger Regierungsrat an. Während 9 Jahren war er Baudirektor; seit 2016 führt er die Finanzdirektion. Stephan Schleiss wiederum wurde 2011 in die Regierung gewählt, wo er seither als Bildungsdirektor tätig ist. Wir haben die beiden Regierungsräte für ein Gespräch getroffen.



Finanzdirektor Heinz Tännler in seinem Büro bei der Arbeit.



Heinz Tännler

- geboren am 10. Mai 1960
- verheiratet, drei Kinder
- Rechtsanwalt/Notar
- wohnhaft in der Stadt Zug
- Hobbies: Tennis, Velofahren, Sport allgemein, Lesen
- seit 2007 Mitglied des Zuger Regierungsrates, Finanzdirektor

Heinz Tännler und Stephan Schleiss, welches sind aus Ihrer Sicht die grossen Herausforderungen für den Kanton Zug im neuen Jahr?

T: Seit einigen Jahren kämpft der Kanton Zug mit einem strukturellen Defizit. Darüber hinaus gilt es, sich im internationalen Standortwettbewerb zu behaupten. Im Übrigen ist das Wachstum so zu absorbieren, dass Bevölkerung, Infrastruktur und Natur dieses angemessen bewältigen können.

S: Ich teile diese Einschätzung. Der Ausgleich des Staatshaushalts hat sicher oberste Priorität. Dort geht es darum, den bisherigen Kurs weiter zu

führen, auch wenn sich die Zahlen in letzter Zeit etwas aufgehellt haben. Andererseits bleibt das Asylwesen ein grosses Problem. Hier haben wir im Kanton heute gewaltige Kosten. In ein paar Jahren könnten diese dann via Sozialhilfe auf die Gemeinden durchschlagen.

Und was ist die grösste Herausforderung in Ihrer Direktion, Heinz Tännler?

T: Die Sanierung des kantonalen Haushalts so umzusetzen, dass Standortattraktivität und Handlungsspielraum erhalten bleiben. Dabei gilt es

auch, trotz Leistungsreduktion, Härtefälle zu vermeiden.

Betreffen diese Massnahmen auch den Bildungsbereich?

S: Ja, selbstverständlich. Die Umsetzung der Sparaufträge an den kantonalen Schulen, vor allem im IT-Bereich, sind eine grosse Herausforderung. Die Begleitung der Hochbauvorhaben wird 2018 sehr intensiv werden. Stichworte dazu sind der erste Objektkredit für die Kantonsschule Ennetsee und das Gelände an der Hofstrasse.

Viele Leute haben das Gefühl, im Gegensatz zu anderen Kantonen habe der Kanton Zug keine Probleme im Bildungsbereich. Täuscht dieser Eindruck?

S: Ich habe früh in meiner ersten Legislatur auf die Karte Konsolidierung gesetzt, das heisst ich habe das Reformtempo gedrosselt. Grundsätzlich kann man das machen, indem man Projekte abbricht (Bsp. Innovationschule), im Umfang reduziert (Bsp. Oberstufenreform) oder mehr Zeit für die Umsetzung gibt (Bsp. Rahmenkonzept Qualitätsmanagement oder Einführung Lehrplan 21).

Auf welches Ihrer Projekte sind Sie besonders stolz?

T: Einen Kantonshaushalt zu sanieren ist nicht einfach, besonders, wenn man während Jahrzehnten vom Erfolg verwöhnt wurde. In Zug setzen wir das Ziel in Etappen um. Ich bin glücklich, dass Parlament und Volk die bisherigen Schritte während meiner Zeit als Finanzdirektor mitgetragen haben, und hoffe, dass sie dies auch beim abschliessenden Projekt «Finanzen 2019» tun werden. Dann dürften wir das unter anderem auch durch den NFA bedingte strukturelle Defizit bis 2020 bereinigt haben.



Heinz Tännler: «Für den Kanton Zug zu arbeiten macht mir Freude!»



Als ehemaliger Baudirektor bei der Einweihung einer neuen Strasse und Brücke.



Stephan Schleiss wünscht als stellvertretender Sicherheitsdirektor im Namen der Zuger Regierung allen Wehrmännern des Bataillons 48 einen guten Dienst.

Welchen Punkt würden Sie an dieser Stelle nennen, Herr Schleiss?

S: Da möchte ich in erster Linie die separaten Kleinklassen für die Kinder aus dem Asylbereich nennen. Diese sogenannten Integrationsklassen dienen dazu, dass die Kinder aus dem Asylbereich nicht in den Regelklassen der Gemeinden eingeschult werden müssen, und dort quasi den «Betrieb lahmlegen». Wir mussten dazu innert Rekordfrist dem Kantonsrat eine Lösung unterbreiten.

Menschen mögen. Dann sind die zahlreichen Kontakte mit der Bevölkerung absolut mehr Bereicherung als Belastung.

S: Das sehe ich gleich wie Kollege Tännler. Sicherlich beanspruchen die vielen Anlässe Zeit - gerade in meiner Direktion mit dem Kultur- und Sportbereich. Aber ich könnte dort auch weniger machen. Ich gehe nirgends hin, wo es mir nicht gefällt; insofern besteht die Schwierigkeit vielleicht eher darin, Privatleben von Repräsentationsaufgaben zu trennen.

geführt, kämpfen wir mit einem strukturellen Defizit. Als NFA-Geber haben wir damit grössere Herausforderungen zu meistern als manche NFA-Nehmerkantone, welche üppige schwarze Zahlen schreiben. Trotzdem wollen wir weiterhin erfolgreich bleiben und unseren Beitrag zum Erfolg der Schweiz leisten. Dazu ist es aber nötig, dass wir die Steuervorlage 17 bald umsetzen und in der NFA-Frage dem Kompromiss der Kantone zum Durchbruch verhelfen.

Warum braucht es die SVP? Sind Sie froh, Mitglied dieser Partei zu sein? Sie, Stephan Schleiss, waren ja sogar einmal Parteipräsident.

S: Selbstverständlich bin ich überzeugtes Mitglied meiner Partei. Die SVP steht schweizweit und im Kanton Zug von allen bürgerlichen Parteien am konsequentesten für den Bürger ein. Das gilt insbesondere in unseren Kernthemen Asyl/Zuwanderung, Freiheit, Sicherheit und Steuern. Das sind ja auch die etwas unangenehmeren Themen, bei denen sich andere Politiker oft nicht so aus dem Fenster zu lehnen wagen.

T: Ganz grundsätzlich: Parteipolitische



Stephan Schleiss

- geboren am 26. Dezember 1972
- ledig, keine Kinder
- wohnhaft in Steinhausen
- Hobbies: Lesen, Velo, Kino, Geselligkeit, Jagd
- seit 2011 Mitglied des Zuger Regierungsrates, Vorsteher der Direktion für Bildung und Kultur

Monokulturen führen zu trägen Regierungen und Parlamenten. Im Extremfall, wo zwei Blöcke um die Macht rangeln, demontiert der eine Block jeweils die Errungenschaften des anderen. In der Schweiz ist es noch nicht so weit und wir pflegen die Vielfalt. Dennoch gelang es der SVP immer wieder, Themen aufs Tapet zu bringen, welche die Bevölkerung bewegten und um die andere Parteien einen grossen Bogen schlugen. Die SVP belebt die politische Diskussion und das Ringen um tragfähige Lösungen. Deshalb bin ich gerne SVP-Mitglied, suche und pflege aber auch den Austausch mit anderen Meinungen im Interesse des gutschweizerischen Konsens.

Letzte Frage: In vielen Kantonen artikuliert sich zusehends ein Stadt/Land-Konflikt. Gibt es das auch im Kanton Zug?

S: Nein, das nehme ich nicht wahr. Meiner Meinung nach ist der Kanton dazu zu klein.

T: Ich teile diese Einschätzung. Einerseits ist der Kanton überschaubar: Die wenigen Regionen haben zwar ein gesundes Selbstverständnis, arbeiten aber auch gut zusammen. In Zug spricht man auf Augenhöhe miteinander.



Grusswort der Zuger Regierung an der Abschlussfeier der Fachmittelschule vom 2. Juli 2015.

All diese Punkte tönen nach viel Arbeit. Gefällt Ihnen die Arbeit als Regierungsrat denn noch?

S: Ja, sehr - ich arbeite gerne in der Regierung mit. Ich fühle mich in dieser verantwortlichen Position wohl. Ich fühle mich im Regierungskollegium wohl, ebenso wie in meiner Direktion. T: Auch ich finde die Arbeit als Regierungsrat sehr abwechslungsreich, mit einer breiten Themenvielfalt und vielen Kontakten zu interessanten Menschen. Ich kann dabei wirklich etwas bewegen für den Kanton und seine Bevölkerung. Selbst auf nationaler Ebene kann ich meine Beiträge leisten. Verschiedene Themen zu bearbeiten, dabei den Überblick zu behalten und Entscheide dann auch konsequent umsetzen: Diese Art zu arbeiten liegt mir und bereitet mir Freude.

Wenn Sie Ihre Arbeit mit so viel Freude machen: Können Sie sich vorstellen, irgendwann einmal nicht mehr politisch tätig zu sein?

S: Ja, natürlich. Irgendwann bin ich nicht mehr im Regierungsrat tätig. Für «die Zeit danach» stelle ich mir heute vor, wieder in die Privatwirtschaft zu gehen.

T: Dieser Zeitpunkt kommt zwangsläufig - alles im Leben hat seine Zeit. Aber vorderhand bereitet mir die politische Arbeit viel Freude, und so denke ich noch nicht ans Aufhören.

Finanzdirektor des Kantons Zug zu sein, ist wohl ein Traumjob. Während andere Kantone mit Problemen kämpfen, leistet sich der Kanton Zug einen tiefen Steuerfuss und zieht so immer mehr finanzstarke Steuerzahler an...

T: Ja, es ist ein Traumjob. Das heisst aber nicht, dass er so nebenbei zu erledigen wäre. Wohl hat Zug eine gesunde Ausgangslage, aber wie bereits aus-



Am 1. März 2015 fanden in Zug Schweizer Meisterschaften im Tischtennis statt. Der Zuger Sportdirektor misst sich am Apéro mit einem Nachwuchstalent.

Hat man denn als Regierungsrat überhaupt noch ein Privatleben?

T: Ja, wenn man es sich einrichtet. Andererseits muss man in diesem Job

Mutig, leidenschaftlich, führend – SVP, die Regierungspartei in der Stadt Zug!



Was haben flächendeckende Gebührenerhöhungen, Auslandhilfe und die Vermietung von preisgünstigen städtischen Wohnungen an Topverdiener gemeinsam? Die SVP Stadt Zug war immer die einzige Partei, die sich ganz alleine dagegen gewehrt hat und sich konsequent für einen direkten Bürgernutzen einsetzte.

Kampf gegen Gebührenerhöhungen

Der Stadtrat wollte trotz 20 Millionen Überschuss im Jahre 2016 die Gebühren massiv erhöhen. Nur durch den massiven Druck der SVP und der zeitgleich lancierten Petition mit über 1'000 Unterschriften gegen flächendeckende Gebührenerhöhungen, konnten diese grösstenteils abgeschmettert werden. Ohne SVP müssten die Zugerinnen und Zuger mehr für den Mittagstisch, höhere Baugebühren und mehr für Strom bezahlen – obwohl es der Stadt Zug finanziell wieder blendend geht! Ein Irrsinn sondergleichen – bis heute konnte durch den Stadtrat keine schlüssige Erklärung geliefert werden, warum bei derartigen Rechnungsüberschüssen zum Beispiel die Parkgebühren in der Stadt weiter erhöht werden sollten.

Dem Ausland Geld schenken, aber in Zug sparen?

Die Anträge des Stadtrates 250'000 Franken Auslandhilfe zu zahlen, wurden nur von der SVP bekämpft. Paradox ist, dass wir sparen und beispielsweise die Kremationskosten verstorbener Mitbürger nicht mehr bezahlen, gleichzeitig aber Geld ins Ausland verschenken! Ein Affront gegenüber Zugerinnen und Zugern! Leider waren die linken Kräfte verstärkt durch die üblichen Abweichler von CVP und FDP in der Mehrheit und verschenkten den teuer verdienten Steuerfranken ins Ausland. Das zeigt exemplarisch, dass es dringend mehr SVP in der Stadt Zug braucht, dass sol-

che unsolidarische Aktionen künftig verhindert werden können.

Preisgünstige städtische Wohnungen an Topverdiener?

Die Stadt besitzt viele preisgünstige Wohnungen. Logisch wäre nun, dass diese Wohnungen Leuten zugutekommen, welche existentiell mit hohen Mieten kämpfen müssen. Weit gefehlt, der Stadtrat vermietete die Wohnungen an Mieter, die ein Bruttoeinkommen von 200'000 Franken und mehr hatten. Die einzige Partei, die erfolgreich gegen diesen Wahnsinn kämpfte war die SVP. Jetzt wurden erstmals klare Regeln geschaffen und Personen, die sich auch gut teure Wohnungen leisten können, müssen nun weniger finanzstarken Zugerinnen und Zuger Platz machen. Die SVP Stadt Zug hat es damit geschafft, eine gerechtere Lösung für Mitbürger zu finden, die mit der Wohnungsnot kämpfen. Für sie werden nun preisgünstige städtische Wohnungen frei.

Der Stadt Zug Sorge tragen – Standortattraktivität wahren!

Baar, Cham, Risch-Rotkreuz und andere Zuger Gemeinden senken 2018 ihre Steuern zum Teil massiv und werden gegenüber der Stadt als Wirtschaftsstandorte immer attraktiver. Gleichzeitig zahlt die Stadt Zug jährlich 53 Millionen Franken in den ZFA (Zuger Finanzausgleich). Die anderen Gemeinden zahlen dabei wenig (Baar 7,6 Mio.) oder erhalten sogar gigantische Beträge (Cham 23 Mio.) aus dem ZFA. Zusätzlich trägt die Stadt Zug al-

leine viele Zentrumslasten. Das kann rechnerisch so nicht aufgehen. Die Stadt Zug muss an ihrer Standortattraktivität und den Rahmenbedingungen weiterhin arbeiten. Die SVP-Fraktion hat im Grossen Gemeinderat massgeblich für die Senkung des Steuersatzes von 60% auf 58% ab dem 1.1.2018 gesorgt. Zudem setzen wir uns für Investitionen in die gemeindlichen Infrastrukturen ein – nur so können wir im Wettbewerb mit den anderen Gemeinden bestehen.

Wachsen mit Augenmass

Wachstum ist zwar gut für die Stadt Zug, aber es muss in geordneten und geregelten Bahnen verlaufen. Wir wollen unsere heutige Attraktivität bewahren und mit Mass wachsen. Aus diesem Grund hat sich die SVP Stadt Zug federführend für das Hochhausreglement in der Stadt Zug eingesetzt und die Volksabstimmung mit anderen Parteien mit rund 56,4% Ja-Stimmen gewonnen. Die Stadt Zug hat heute klar und eng definierte Hochhauszonen, die höhenmässig abgestimmt sind und hohe Qualitätsansprüche erfüllen müssen. Neu sind Hochhäuser nur noch im Verdichtungsgebiet und damit auf 4% des Stadtbodens möglich. Das zeigt, dass sich die SVP für Qualität statt Quantität beim Wachstum einsetzt.

Anhand dieser Beispiele sehen Sie, dass sich die SVP mutig, leidenschaftlich und führend für die Stadt einsetzt. Ohne die SVP liefe so einiges falsch und vieles läuft leider nach wie vor



SVP Fraktion im Grossen Gemeinderat (GGR) der Stadt Zug (Stadtparlament) v.l.n.r. stehend: Manfred Pircher (BPK-Mitglied), Philip C. Brunner, Präsident, Jürg Messmer (BPK-Mitglied), André Wicki (Stadtratsvizepräsident), sitzend: Gregor R. Bruhin (Fraktionschef und GPK), Coni Stierli (Gemeinderätin), Bruno Zimmermann (GGR-Vizepräsident), Es fehlt: Beat Bühlmann (Gemeinderat)

falsch. Darum braucht es mehr SVP in Zug, mit unseren Stadtpräsidiums, Stadtrats-, Kantonsrats- und Gemeinderatskandidaten bieten wir Ihnen für 2018 eine ausgewogene Auswahl an bestens qualifizierten Zugerinnen und

Zugern, die sich für Sie, für die Stadt Zug stark machen!

Ihre SVP Stadt Zug
Philip C. Brunner, Präsident

Unser Kandidat für das Stadtpräsidium:

André Wicki

- ✚ seit 2015 Stadtratsvizepräsident
- ✚ seit 2011 Stadtrat, Vorsteher Baudepartement
- ✚ vorher tätig in Führungspositionen in nationalen und internationalen Firmen
- ✚ beherrscht fünf Sprachen
- ✚ verheiratet, 2 Töchter
- ✚ Bürger der Stadt Zug



Unser Kandidat für den Stadtrat:

Philip C. Brunner

- ✚ seit 2009 Mitglied Grosser Gemeinderat der Stadt Zug
- ✚ seit 2011 Kantonsrat, Präsident div. vorbereitender Kommissionen
- ✚ seit 2011 Präsident GPK der Stadt Zug
- ✚ seit über 30 Jahren Direktion & Führung diverser Hotels im In- und Ausland
- ✚ seit 2000 selbständiger Unternehmer, dipl. Hotelier VDH/SHV
- ✚ Präsident der SVP Stadt Zug
- ✚ verheiratet, 2 Söhne
- ✚ Offizier a D, langjähriger Kp Kdt

SVP Baar – eine Erfolgsgeschichte



Am 19. Dezember 1991 wurde die SVP Baar als erste Ortssektion des Kantons Zug im Restaurant Bahnhof gegründet. Eine grosse Anzahl SVP-Sympathisanten und Mitglieder waren zusammengekommen, um bei der Gründung dabei zu sein. Die SVP Baar wollte als echte bürgerliche Kraft in Baar für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eintreten.



Standaktion am Samstag-Märt

Als Gründungsmitglieder halfen uns damals: Walter Andermatt, Präsident, Beni Langenegger Vize-Präsident, Josef Jenni, Pirmin Saner, Jules Schlosser, Daniel Stalder und Peter Vögelin.

Bereits bei den Wahlen 1994 stellte die SVP Baar Kandidaten für den Gemeinde- und Kantonsrat zur Verfügung. Beni Langenegger und Hans Steinmann wurden für viele überraschend

auf Anhieb in den Kantonsrat gewählt und stellten mit dem gewählten Kandidaten aus der Stadt Zug, Jean Paul Flachsmann, die kleinste Fraktion im Kantonsrat.

1998 erfolgte der grosse Durchbruch unserer Ortspartei. Hans Steinmann, wurde in den Gemeinderat gewählt. Ein grosser Erfolg konnte auch bei den Kantonsratswahlen erzielt werden. Mit

Beni Langenegger, Hans Steinmann und Beat Zürcher wurden gleich drei Vertreter der SVP mit einem Wähleranteil von 22,2% gewählt.

2002 und 2006 wurde Hans Steinmann mit einem sehr guten Resultat als Gemeinderat bestätigt. Im Kantonsrat konnten die vier Sitze mit Beni Langenegger, Karl Betschart, Silvia Künzli und Beat Zürcher wieder bestätigt werden. Der Wähleranteil stieg auf 25%.

Kantonratspräsidium

2007 / 2008 wurde der Baarer Kantonsrat Karl Betschart für zwei Jahre als Kantonsratspräsident und somit zum höchsten Zuger gewählt.

2010 erfolgte der Durchbruch im Gemeinderat! Mit Hans Steinmann und neu Karl Betschart schaffte es die SVP Baar, zwei Sitze im Baarer Gemeinderat zu erreichen. Dies mit einem Stimmenanteil von 23,0%. Die seriöse Arbeit hatte sich auszahlt.

Bei den Kantonsratswahlen wurden die vier Sitze von 2002 bestätigt. Mit Oliver Betschart, Thomas Aeschi, Oliver Wandfluh und Beni Riedi sind vor allem die Vertreter der jüngeren Generation erfolgreich gewählt worden.

Erster Nationalrat

Im Oktober 2011 wurde Thomas Aeschi mit einem sehr guten Resultat in den Nationalrat gewählt.

Mit der Umstellung von Proporz auf Majorz für die Exekutive bei den Wahlen 2014, wurden die Weichen neu gestellt und die Voraussetzungen für die SVP schwierig. Hans Steinmann wurde als Gemeinderat wieder bestätigt. Oliver Wandfluh erreichte die für eine Wahl nötigen Stimmen zwar auch, landete aber mit nur 70 Stimmen Rückstand auf dem 8. Platz.

Bei den Kantonsratswahlen konnten wir aber mit einem Wähleranteil von 26,0% zulegen und sind mit nur 0,3% Abstand zur CVP die zweitstärkste Partei geworden. Gewählt wurden: Oliver Wandfluh, Beni Riedi und neu Michael Riboni sowie Markus Hürlimann.

Thomas Aeschi wurde 2015 mit einem Glanzresultat für weitere vier Jahre als Nationalrat bestätigt.

Aktuell

Die SVP Baar hält, was sie verspricht. Wir haben bei den letzten Wahlen im Jahre 2014 versprochen, uns für **tieferen Steuern und Gebühren** einzusetzen. Dies haben wir getan. Auf jahrelanges Drängen und dank der Motion der SVP konnte der Steuerfuss kontinuierlich auf 53% gesenkt und damit ein gewerbe- und bürgerfreundliches Steuerumfeld geschaffen werden. Dass tiefere Steuern zu höheren Steuereinnahmen führen, ist damit eindrücklich bewiesen worden. Als einzige Ortspartei hat



Oliver Wandfluh

Hans Steinmann



Beni Riedi

Michael Riboni



Markus Hürlimann

Georg Meyer

die SVP Baar, an der Gemeindeversammlung vom September 2016, zudem die vom Gemeinderat beantragte Gebührenerhöhung im Bauwesen bekämpft. Die SVP Baar wird sich weiterhin für eine konstante, verlässliche und vorausschauende Finanzpolitik einsetzen.

Zudem ist die SVP Baar die einzige Partei, die ein geplantes Asylzentrum im Zentrum von Baar bekämpft.

Die SVP will ein attraktives Dorfzentrum. Die SVP will nicht, dass die Dorfstrasse planmässig zu einem pseudo-idyllischen Shopping- und Erlebnispark verkommt. Die Errichtung einer Begegnungszone auf der Dorfstrasse lehnt die SVP entschieden ab.



Podiumsdiskussion zum Thema: Schweiz - EU - Wie weiter?

Konsequente Asylpolitik für Steinhausen wichtig



Die Asylmisere betrifft auch die Gemeinden - insbesondere Steinhausen

Das Asylwesen umtreibt die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen – in Bund, Kanton und auch Gemeinde. Die hauptsächliche Verantwortung liegt beim Bund. Dieser sollte vor allem schauen, dass die Schweiz als Zielland von Wirtschaftsmigranten - und dabei handelt es sich bei der Mehrheit der Asylanten - möglichst unattraktiv ist. Die SVP ist die einzige Partei, die sich trotz aller Anfeindungen der «Anständigen» für ein möglichst restriktives Asylwesen einsetzt. Beispielsweise könnte der Familiennachzug restriktiver gehandhabt werden, so wie das Nachbarländer der Schweiz bereits tun. Die Kantone haben keinen Einfluss auf die Zahl der ihnen vom Bund zugewie-

senen Asylanten. Sie sind jedoch für die Betreuung zuständig. Die SVP setzt sich im Kantonsrat für einen kostengünstigen Asylvollzug ein. Beispielsweise hat sie im Januar 2017 per Motion verlangt, dass für Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommene die Sozialhilfe massiv reduziert bzw. auf die sogenannte «Nothilfe» reduziert wird. Ähnliche Beschlüsse haben andere Kantone bereits gefasst. Über die Motion wird der Zuger Kantonsrat im Frühling 2018 entscheiden.

Obwohl die Gemeinden im Asylbereich am wenigsten zu sagen haben, sind sie die Hauptbetroffenen. Die Kosten eines Asylbewerbers werden die ersten rund fünf Jahre von Bund und Kanton getragen. Danach fallen die Sozialkosten auf die Gemeinde nieder. Die grosse Flüchtlingswelle von 2015 wird dann 2020 in den Gemeindebudgets anbränden.

Wenn dann noch SKOS-Richtlinien angewendet werden müssen, wird das unbezahlbar. Die Gemeinden sind aber auch für die Unterbringung verantwortlich. In Steinhausen soll die Durchgangsstation neu gebaut und von heute 100 auf bis zu 250 Plätze ausgebaut werden. Dagegen müssen sich die Steinhauser Vertreter im Kantonsrat wehren, sonst wird Steinhausen zum «Asylghetto» des ganzen Kantons. Steinhausen ist von der Asylmisere mehr betroffen als andere Gemeinden und dies wird sich in Zukunft noch verstärken.

Wer will, dass im Asylbereich Gegensteuer gegeben wird, der muss SVP wählen - auf jeder Stufe: In Gemeinde, Kanton und Bund! Wo ein politischer Wille ist, da ist auch ein politischer Weg.



Vorstand der SVP Steinhausen (v.l.n.r.): Vizepräsident: Marc Reichmuth, Beisitz: Stephan Schleiss, Präsident: Stefan Sandoz, Aktuar: Thomas Luzi, Kassier: Daniel Burch, Beisitz: Markus Amrein



25 Jahre SVP Cham



Im Herbst 2017 feierte die Ortspartei Cham ihr 25-Jahr-Jubiläum. Noch heute sind in der Partei Gründungsmitglieder aktiv und tauschen sich mit den neuen, jungen Vorstandsmitgliedern aus.



Vorstandsmitglieder von links nach rechts: Roger Lüssi (Finanzen), Rolf Ineichen (Gemeinderat), Walter Birrer (Kantonsrat), Agnes Wyss (Events), Hans Jörg Villiger (Präsident), Marc Plüss (Vizepräsident). Es fehlen: Rainer Suter, Beat Sieber, Markus Stalder

Im Gemeinderat vertritt uns Rolf Ineichen und im Kantonsrat Walter Birrer, Rainer Suter und Beat Sieber. In der Rechnungsprüfungskommission repräsentiert uns Markus Stalder. Die SVP Cham ist gemessen an ihrem Wähleranteil die zweitstärkste Partei der Gemeinde und in sämtlichen Kommissionen der Gemeinde aktiv.

Aktivitäten

Mitgliederversammlungen vor jeder Gemeindeversammlung, regelmässige Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen, Strategietagungen aber auch gesellige Anlässe wie ein Sonntagsbrunch, Politapéros, Sessionsrückblicke und Ausflüge runden das Jahresprogramm ab. Einmal im Jahr erscheint «SVP Aktuell». Mit diesem attraktiven Infoblatt, das allen Haushaltungen in Cham zugestellt wird, hält sich die Partei bei Chamerinnen und Chamer in Erinnerung und bezieht Stellung zu aktuellen Fragen.

Die Zukunft braucht die SVP

Die Zusammenarbeit unter den Parteien wurde intensiviert und darf heute in Cham, trotz vielfach unterschiedlicher Ansichten, als äusserst konstruktiv bezeichnet werden. Der Informationsaustausch zwischen Gemeinderat und Vorstand der SVP Cham ist vorbildlich und lässt konstruktives Wirken zu. Hier gilt auch ein Dank an die übrigen Chamer Parteien, welche erkannt haben, dass nur ein Aufeinander-Zugehen für die Bevölkerung von Cham einen Mehrwert bringen kann.

Ob auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene, individuelle Freiheit, verbunden mit Eigenverantwortung und Effizienz ist für uns ein Muss. Stehen Sie zu Ihren Überzeugungen und Werten, lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten.

Klare Positionen

Der SVP Cham ist es in den letzten Jahren immer mehr gelungen, wichtige Vorstösse und Interessen in verschiedenen Themengebieten durchzusetzen. Nachfolgend ein kleiner Auszug aus den Bereichen, in denen wir aktiv waren und wo wir uns auch künftig engagieren werden.

• Mobilität und Verkehr

- Für Unternehmen, Gewerbe und Private müssen künftig genügend Parkplätze realisiert werden (wenn immer möglich und finanziell verantwortbar in Tiefgaragen).
- Alle Verkehrsmittel müssen ausgewogen gefördert werden

• Umgesetzte Beispiele:

- Verhinderung Sperrung Bärenbrücke durch Konsultativabstimmung
- Support für den Bau des Parkhauses Rigiplatz, welches im Sommer 2017 eröffnet wurde

• Finanzen/Wirtschaft

- Wir erwarten eine realistische Finanzplanung ohne Wunschdenken
- Aufgabenstellungen sind immer wieder auf Notwendigkeit und Sparpotential zu prüfen

• Umgesetzte Beispiele:

- Reduktion des Kaufpreises um 10% bei der Vilette-Erweiterung
- Sicherstellung Einhaltung der Finanzstrategie

• Soziales/Kultur

- Die Eigenverantwortung soll in allen Bereichen gefördert werden
- Das Kulturangebot orientiert

sich an den mehrheitlichen Bedürfnissen der Einwohner und den finanziellen Möglichkeiten

• Umgesetzte Beispiele:

- Interpellation Aufwendungen für «Kultur»
- Motion «Weihnachts-Beleuchtung» erheblich erklärt und per Dezember 2017 umgesetzt

• Bau- und Siedlungsentwicklung

- Wir tragen der hohen Lebens- und Wohnqualität in Cham Sorge
- Bei Neubauten ist auf optimale Ausnutzung des knappen Baulandes Rücksicht zu nehmen. Frei- und Grünflächen gilt es bewusst zu planen

• Umgesetzte Beispiele:

- Motion «Korrektur Seeuferanierung» erheblich erklärt und umgesetzt
- Organisation Pro-Komitee und Infoabend zur Umzonung und Bebauungsplan «Papieri-Areal»
- Infoabend zur Sanierung und Erweiterung Schulanlage Röhrliberg I

• Bildung

- Wir erwarten eine leistungs-, ziel- und praxisorientierte öffentliche Schule auf allen Schulstufen
- Angebote ausserhalb der Kernaufgabe der Schule müssen periodisch auf Nachfrage und Wirkung überprüft werden.

Hans Jörg Villiger
Präsident SVP Cham



Mit der Motion «Korrektur Seeuferweg» wurde eine gute Lösung erzielt.

September 2016

SVP **AKTUELL**
Schweizerische Volkspartei Cham | www.svp-zug.ch/cham

Wir verlassen die Wohlfühlzone

 **Walter Birrer**
Kantonsrat SVP Cham

Für den Kanton wie für die Gemeinden ist Sparen angesagt. Wenn der neue Finanzdirektor des Kantons Zug Heinz Tanner finanziell düstere Szenarien aufzeigt, erscheint dies auf den ersten Blick eventuell wie Schwarzmalerei.

Bei näherem Hinsehen muss die finanzielle Lage aber jedem verantwortungsbewussten Bürger zu Besorgnis Anlass geben. **Finanziell gesehen werden wir die Wohlfühlzone der vergangenen Jahre verlassen.** Einkünfte, Legalaufnahme und Bevölkerung müssen sich bei Entscheidungen darauf besinnen.

 **Bebauungsplan «Papieri» kritisch hinterfragt**

Bild: Einwohnergemeinde Cham / A. Busslinger

SVP Aktuell 2016

Unschätzbare Wert der direkten Demokratie

Geschätzte Wählerinnen und Wähler von Risch-Rotkreuz und jene, die es noch werden, liebe Freunde der SVP



Das letzte Jahr der ablaufenden Legislatur kündigt sich mit grossen Schritten an. Haben wir alle politischen Versprechen gehalten? Gerade in der Politik ist oft zu hören, dass alles langsam vorangeht. Vieles und viele müssen einbezogen und berücksichtigt werden. Doch genau das ist eine der Stärken unseres Landes. Der Einbezug der Bevölkerung ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Leben wir sie aktiv. Wenn ein grosser Teil der Stimmenden den zahlreichen Vorhaben der boomenden Gemeinde zustimmt, kann der Eindruck entstehen, etwas richtig zu machen. Hier und da ist es wie eine Fahrt auf dem offenen Meer, immer das Ziel vor Augen. Manchmal ist die Hitze zu gross, dann fährt man besser bei kühler Nachtbrise. Oder der erwartete Sturm zieht auf, und es muss ein anderer, wenn auch längerer Weg gewählt werden. Manchmal sieht man erst nach stürmischer See, wo das Glück zur Seite stand. Mit einem kurzen Blick zurück dürfen wir mit Stolz feststellen, dass wir auch in der ablaufenden Legislatur wieder mitgeholfen haben, das Gemeindegeschiff sicher auf Kurs zu halten, jederzeit bereit, Wind und Wetter zu trotzen zum Wohle der Einwohner von Risch, Buonas, Holzhäusern und Rotkreuz. Zwischendurch müssen wir auch Verständnis haben, wenn das Schiff aufläuft und wir alle uns bemühen, die notwendige Reparatur vorzunehmen und mitzutragen. Dafür danke ich der Bevölkerung der Gemeinde Risch-Rotkreuz und freue mich auf eine weitere erspriessliche Zusammenarbeit zum Wohle einer stark prosperierenden Gemeinde.

Für die SVP Risch-Rotkreuz
Franz Zoppi

SVP Menzingen: bürgernah und volksverbunden



Die SVP Menzingen setzt sich mit ihren Mandatsträgern für Sie ein. Im Gemeinderat engagiert sich Martin Kempf, welcher seit 15 Jahren als Bau- und Bauleiter von Menzingen für die baulichen Anliegen zuständig ist. Wobei er immer ein offenes Ohr hat für die Anliegen der Menzingerinnen und Menzinger. Seine Tätigkeiten in verschiedenen Vereinen zeigen seine Verbundenheit zu Menzingen.

Mit Kantonsrat Kari Nussbaumer hat die SVP Menzingen einen bürgerlichen Vertreter in Zug, welcher sich mit Weitsicht für Anliegen der Zuger - aber auch Menzinger Bevölkerung ein-

setzt. Er hat über die Jahre gezeigt, dass er sich überparteilich für Anliegen einsetzt und dafür kämpft, wie dies z.B. für die neue Kantonsschule Menzingen der Fall war. Dass er über die Gemeindegrenze hinaus sehr bekannt und beliebt ist, zeigen auch seine Resultate von den Nationalratswahlen, wo er zweimal angetreten ist und mit glanzvollen Resultaten abschliessen konnte. Er ist in der kantonalen Raumplanungs- und Umweltkommission sowie in der Kommission für Hochbauten, der erweiterten STAWIKO und in der IGPK der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.



Niklaus Elsener



Kari Nussbaumer



Martin Kempf



Markus Staub

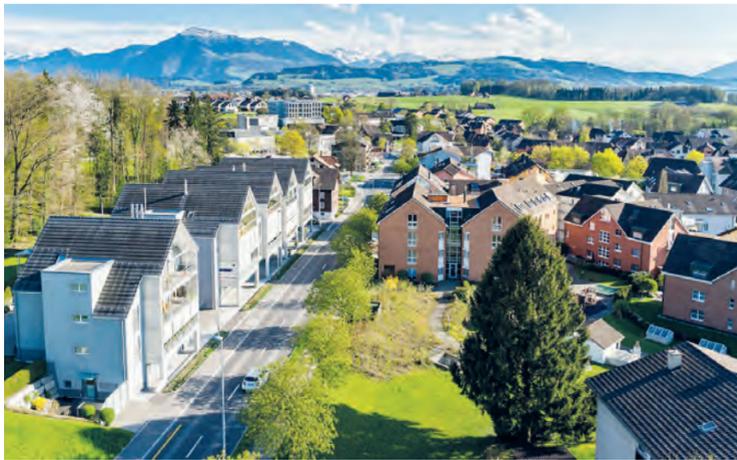
Auch im Bürgerrat war die SVP bis Ende 2017 mit dem Landwirt Niklaus Elsener vertreten.

Ab Januar 2018 ist nun neu Markus Staub in den Bürgerrat gewählt worden und er wird in die Fusstapfen von Niklaus Elsener treten. Niklaus Elsener

ist zugleich auch Präsident der SVP Menzingen. Er betreibt stets eine bodenständige und vor allem volksnahe Politik. Er ist mit Leib und Seele ein Menzinger. Im Bürgerrat war er für die Bewirtschaftung des Waldes, welcher im Besitze der Bürgergemeinde ist, zuständig. Im Bürgerrat setzte er sich im-

mer mit gesundem Menschenverstand für die Bürgerinnen und Bürger ein. Die SVP Menzingen wird sich auch in Zukunft für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger von Menzingen mit ihren Mandatsträgern einsetzen und ein offenes Ohr für ihre Anliegen haben.

Attraktive Gemeinde Hünenberg



Die SVP Hünenberg engagiert sich in der Gemeindepolitik und ist in diversen Kommissionen durch ihre Mitglieder vertreten. Seit ihrer Gründung im Jahre 1992 hat die SVP Ortssektion Hünenberg konsequent auf einem geradlinigen und bürgernahen Kurs politisiert und konnte so stetig an Wähleranteilen zulegen. Unsere Wähler wissen es zu schätzen, dass wir stets unseren geradlinigen und volksnahen Kurs vertreten. Die SVP Hünenberg hat sich in der Zwischenzeit als starke bürgerliche Kraft im politischen Geschehen der Gemeinde Hünenberg etabliert und stellt mit Thomas Villiger seit 2003 einen Vertreter im Zuger

Kantonsrat. Die SVP Hünenberg strebt für die Wahlen 2018 unter anderem die Beibehaltung des Kantonsratsplatzes an.

Die SVP Hünenberg war von 2003 bis 2015 im Gemeinderat von Hünenberg vertreten. Diesen Sitz will die Ortspartei bei den Wahlen wieder zurückgewinnen. Wir wollen in der Gemeinde Hünenberg auch im Gemeinderat vertreten sein und unseren Beitrag an einen attraktiven Wohn- und Arbeitsort leisten.

Hünenberg muss sich im kantonalen Steuervergleich unter den Zuger Gemeinden im vorderen Drittel etablieren



Thomas Villiger - Präsident SVP Hünenberg

können. Attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen, welche sich in Hünenberg ansiedeln wollen, werden wir schaffen und unterstützen.

Historische Weichenstellung in Oberägeri



Auf den Spuren unserer Gründerväter...

Vor über 700 Jahren versammelte sich unweit von Oberägeri am Morgarten eine Schar verzweifelter Bauern aus den Waldstätten. Sie waren angetreten, um dem damaligen Weltreich der Habsburger die Stirn zu bieten. Ihr Ziel war es die eigene Freiheit, Souveränität und Selbstbestimmung gegenüber den eindringenden Aggressoren zu verteidigen. Aufgabe der eigenen Werte und Unterwerfung unter das habsburgische Regime war keine Alternative für unsere Gründerväter damals am Morgarten.

Genau diese Werte sind heutzutage auch für die SVP von elementarer Bedeutung. In der Schweiz gibt es immer mehr europophile Politiker, welche die helvetische Souveränität mit einem Beitritt in die EU preisgeben wollen. Aus Sicht der SVP ist auch 25 Jahre nach dem Nein zum EWR-Beitritt die Wahrung der ureidgenössischen Werte wie Demokratie, freiheitliches Denken und Selbstbestimmung elementarer Bestandteil unseres Staates. Nur dank der konsequenten Verteidigung dieser Ererungenschaften haben wir gegenüber den anderen europäischen Staaten einen wichtigen Vorteil, der unseren sozialen Frieden und Wohlstand ermöglicht hat.

Die Ortssektion Oberägeri ist der festen Überzeugung, dass wir Schweizer uns wieder auf die Überzeugungen unserer Gründerväter von 1315 besinnen müssen. Bei den Wahlen im Jahr 2018 werden die Weichen für die Zukunft der Schweiz gestellt und wie schon am Morgarten sollten wir uns nicht von der Angst gegenüber eines übermächtigen Konkurrenten leiten lassen. Mit Mut und Selbstvertrauen müssen wir uns den Herausforderungen der Zukunft stellen. Selbstaufgabe aus Angst vor dem Tod war auch schon für unsere Gründerväter keine Option.



Die SVP Neuheim ist gut aufgestellt



Emil Schweizer, Vizepräsident SVP Neuheim, im Interview mit Elias Waltenspül, Aktuar SVP Neuheim

Elias Waltenspül (EW): Im Herbst 2018 sind Gemeinde- und Kantonsratswahlen. Wie ist die SVP Neuheim dafür aufgestellt?

Emil Schweizer (ES): Personell sind wir gut aufgestellt. Wir haben viele aktive Mitglieder, die ihr spezifisches Fachwissen einbringen und uns Rückmeldungen über Bedürfnisse und Probleme in der Gemeinde bringen. Wir haben aktuell den höchsten Mitgliederbestand seit der Gründung der Partei und hoffen, dass sich das positiv auf die Wahlen auswirkt.

EW: Die SVP war in der vergangenen Legislatur nicht in der Exe-

kutive vertreten. Was würde sich mit einem SVPLer im Gemeinderat ändern?

ES: Die SVP stellt eine ernstzunehmende Minderheit in der Gemeinde. Wenn wir unsere Ideen und Anliegen direkt im Gemeinderat einbringen, erleichtert das die Arbeit der Partei, der Verwaltung und des Gemeinderats. Der Gemeinderat wäre breiter in der Bevölkerung abgestützt. Mehr Ideen, Informationen und Meinungen erhöhen immer die Qualität und die Legitimation von

Entscheidungen.

EW: Was kann die SVP im Kantonsrat bewirken?

ES: Im Kantonsrat werden oft Entscheide mit grosser Tragweite für die Gemeinden gefällt. Da Neuheim nur zwei Sitze besetzen kann, ist es wichtig, dass diese mit engagierten Personen besetzt werden. Wir haben uns bisher über Dritte und den Vernehmlassungsweg eingebracht. Aber nun möchten wir auch direkt mit einem Sitz Einfluss nehmen.



Zwei WalchwilerASSE, die stechen



Caroline Schmid

Wie in vielen Gemeinden entwickeln sich auch in Walchwil die Sozialkosten zu einer gefährlichen Zeitbombe. Hier mit Augenmass zu steuern ist mehr denn je wichtig. Das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen, Leistungen an Klienten bei schlechter Zusammenarbeit zu kürzen ist deshalb die vordringlichste Aufgabe in der SVP-geführten Abteilung für Soziales und Gesundheit. Auch in der Walchwiler Bevölkerung ist die KESB (Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde) wegen der Zentralisierung auf kantonaler Ebene inzwischen zu einem Reizwort

geworden. Diese hat Vor- aber auch gewichtige Nachteile. Bei der Fallbeurteilung wird die Sicht der Gemeinde, die auf alle Fälle authentischer und lebensnaher ist, kaum oder gar nicht berücksichtigt. Das muss sich ändern. Auch wird der Sozialdienst immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Es werden der Gemeindekasse horrenden Rechnungen für KESB-Massnahmen zur Bezahlung vorgelegt – und dies ohne konkrete oder nur mit minimalen Informationen zum Einzelfall. Das darf nicht mehr sein, weil zumindest die gemeindliche Zuständigkeit überprüft werden muss.



Gemeinderätin Caroline Schmid,
Abteilung Soziales/Gesundheit



Kantonsrat Moritz Schmid, a.
Kantonsratspräsident

Moritz Schmid

Was in der Gemeinde gilt, gilt auch im Kanton. Und der politische Fokus auf das Notwendige muss beim Personalbestand der Verwaltung beginnen. In Zeiten der knappen Finanzen, sollen sich aber auch Investitionen wie z.B. das neue Hauptgebäude der ZVB auf das Notwendige beschränken müssen.

Nach dem zweijährigen Kantonsratspräsidium hat die politische Arbeit in der SVP-Fraktion und damit auch der manchmal mühsame und zähe Einsatz für die Wahrung der Interessen von

Walchwil als «Zahlergemeinde», wieder erste Priorität. Eine wichtige politische Aufgabe ist dabei mit dem Doppelspurrausbau verbunden. Dieser wird nun hoffentlich bald einmal realisiert werden können. Und dann müssen auch die bestmöglichen Lösungen auf dem Tisch liegen, damit die mobile Anbindung der Walchwiler Bevölkerung an die Arbeitsplätze und Schulen, die Einkaufszentren und Reisedestinationen, zu den Behörden und die medizinische Versorgung gewährleistet sind.

Eine starke SVP Unterägeri



Vorstand der SVP Unterägeri (v.l.n.r.): Thomas Werner, Esther Monney, Trix Iten (Präsidentin), Ralph Ryser, Roland Müller. Es fehlt: Adrian Merz

Wir stehen ein für ein starkes Unterägeri mit Lebensqualität!

Bereich Soziales kontinuierlich und massiv die Kosten. Das Ziel ist jeweils eine möglichst kurze Abhängigkeit durch die öffentliche Hand, erreicht durch Hilfe zur Selbsthilfe.

Unterägeri soll mit guten Rahmenbedingungen für das Gewerbe noch attraktiver werden:

- Eine gute und moderne Infrastruktur,
- attraktive Steuern,
- Nein zu immer mehr Bürokratie.

Die bereits bestehenden Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben, respektive es sollen durch eine Steigerung der Standortattraktivität weitere Arbeitsplätze entstehen.

Arbeiten muss sich lohnen! Es darf nicht sein, dass Sozialhilfebezügler mehr Geld erhalten als die arbeitende Bevölkerung. Dank exakter Prüfung und konsequenter Auflagen reduzierte unserer Gemeinderat, Roland Müller, im

Die Schule muss sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren können. Wir von der SVP setzen uns deshalb für weniger Experimente, aber für mehr Kontinuität ein.

Im kantonalen Vergleich sind unsere Steuern klar zu hoch. Wir setzen uns für Kostenoptimierung und tiefe Steuern ein.

Die Ausschaffungsinitiative wurde von der Schweizer Bevölkerung gutgeheissen. Wir schauen darauf, dass sie nun richtig umgesetzt wird und kriminelle Ausländer auch wirklich ausgeschafft werden.

Gemeinderat Roland Müller
Kantonsrat Ralph Ryser
Kantonsrat Thomas Werner

Werden Sie jetzt Mitglied der SVP, damit Sie auch in Zukunft politisch mitbestimmen können!

- Ja, ich möchte Mitglied der SVP in meiner Wohngemeinde werden.
Die Parteimitgliedschaft ist vergleichbar mit der Mitgliedschaft in einem Verein.
- Ich bin interessiert. Bitte senden Sie mir das SVP-Parteiprogramm, sowie weitere Unterlagen zu.
- Ich unterstütze die SVP Kanton Zug. Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** zu.
- Ich unterstütze die SVP Kanton Zug und spende _____ Franken auf folgendes Konto:
IBAN: CH62 0027 3273 Q980 9235 0
SVP des Kantons Zug, Postfach 1407, 6301 Zug
Bank: UBS AG, Postfach, 6301 Zug
BIC: UBSWCHZH80A

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Datum/Unterschrift _____

Talon ausfüllen, heraustrennen und anschliessend zurücksenden an:
SVP des Kantons Zug, Postfach 1407, 6301 Zug

sekretariat@svp-zug.ch
www.svp-zug.ch



Zuger JSVP in Hochform



Vorstand der Jungen SVP des Kantons Zug (v.l.n.r.): Matthias Beringer (Kassier), Lorena Greco (Aktuarin), Sven Burkhard (Vizepräsident), Jessy Candinas (Präsident), Gian Schmid (Beisitzer)

Die Junge SVP des Kantons Zug wurde vor mehr als 17 Jahren unter Anwesenheit von Gründungsgötti Nationalrat Toni Brunner in Rotkreuz gegründet und fungiert seither als Kaderschmiede für die Partei. Mit politischen Aktionen – zum Beispiel aktuell für die «No Billag»-Initiative – setzen wir uns aktiv für die Freiheit und Eigenverantwortung des Bürgers ein. Mit der «No Billag»-Initiative wird dem Stimmbürger seine Entscheidungsfreiheit zurückgegeben und gleichzeitig werden Un-

ternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten von den Zwangsabgaben befreit und finanziell entlastet. Stimmen deshalb auch Sie JA zur «No Billag»-Initiative. Falls Sie mehr über die Junge SVP des Kantons Zug erfahren möchten, freuen wir uns, Sie an einem unserer zahlreichen Anlässe in diesem Jahr begrüssen zu dürfen.

Jessy Candinas
Präsident JSVP Kanton Zug